Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7888

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 52 Halle a. S., Sonnabend den 3 März 1900. 11. Jahrg.

Pfui Teufel!

Von sozialdemokratischen Arbeitern erschlagen wurde in Harburg ein Arbeitswilliger, so kann man heute noch in dem ganzen Walde der Ordnungspresse aller Schattierungen lesen, trotzdem unser Harburger Parteiorgan und nach ihm alle Arbeiterblätter Deutschlands schon vor mehreren Tagen festgestellt haben, daß dem betreffenden Arbeiter — Hose war sein Name — von organisierten Arbeitern kein Haar gekrümmt worden ist. Die Kreuzztg., das führende Organ der Junker und Mucker, wagte es sogar kürzlich noch zu schreiben, daß das Opfer des sozialdemokratischen Terrorismus „in bestialischer Weise durch Messerstiche zu Tode gemartert" worden sei. Und gar die Hamburger Nachrichten, das ehemalige Bismarckische Reptil, beuteten den Vorfall sofort für eine neue Zuchthausvorlage aus. Das Blatt knüpfte an die blutrünstige Schilderung des Vorfalles folgende Bemerkung:

„Der Deutsche Reichstag hat die Vorlage, welche die Verbündeten Regierungen zum Schutz der Arbeitswilligen eingebracht haben, kurzer Hand zurückgewiesen. Die Schlußfolgerung besteht darin, daß der Reichstag mit verantwortlich für derartige Gewalttaten ist. Welche Perspektive das Vorkommen derselben und bezüglich der Zustände eröffnet, denen wir entgegentreiben, wenn der sozialistische Terrorismus mangels energischen Widerstandes der Staatsgewalt die Oberhand erlangt, brauchen wir nicht erst auszumalen."

Wohlgemerkt, das schrieben die Nachrichten und die Kreuzzeitung, nachdem bereits mehrere Tage feststand, daß sozialdemokratische Arbeiter auch nicht die geringste Schuld an diesem unglücklichen Vorfall trugen. Was soll man zu solcher Gesinnungslosigkeit und Verlogenheit sagen? Das verlogenste Subjekt unter der Sonne ist ein Edelmann gegenüber den charakterlosen Schmierfinken des ehemaligen Bismarckreptils und des Hammersteinblattes.

Der Vorfall ist jetzt so weit — auch amtlich — aufgeklärt, daß die Gemeinheit ins Lächerliche umschlägt. Der Fall liegt nach den Ermittelungen unseres Harburger Parteiblattes so: Hose ist in der Volksversammlung ohne jeden Zwischenfall gewesen. Hernach kam er zum Gastwirt Moje. Sein Auftreten war zuerst derart, daß dieser daran dachte, ihm das Lokal zu verbieten. Da sich Hose aber nachher vernünftiger zeigte, duldete er ihn. Im Lokal hat sich dann Hose wohl und munter unterhalten. Nachdem er in später Stunde gegangen, geriet er dicht bei der Wirtschaft mit zwei Leuten in eine Balgerei, bei der sich alle drei auf der Erde wälzten. An dieser Stelle wurde später Hoses Taschenmesser gefunden. Ob er es verloren hat oder brauchen wollte, läßt sich nicht ermitteln. Die beiden Gegner Hoses gingen dann zu Moje, wobei der eine sich von bei der Balgerei entstandenen Blutspuren, nicht von Hoses Blut, reinigte. Das machte den Wirt ängstlich, und er entschloß sich, im Hohlweg, der Buxtehuderstraße und am Gambrinus vorbei den Hose zu suchen. Die beiden gingen mit. Als die drei Männer von dem resultatlosen Suchen zurückkehrten, wurden sie gesehen und daraus entstand der Verdacht, den der Berichterstatter des Kreisblattes vergrößerte und den gewisse berufsmäßige Sozialistenfresser dann zu Mordgeschichten wie die obige lächerliche Gemeinheit ausbauten. So kann jemanden guter eigener Wille und böse Meinung anderer in den peinlichsten Verdacht bringen. Während die drei Männer ihn auf dem Gambrinuswege nach Lauenbruch suchten, taumelte der schwer betrunkene Hose linksweg nach dem Stülkensehen Weg und geriet hier in einen Graben. Das kalte Wasser drang in die erhitzten Lungen des Trunkenen und hatte den fast sofortigen Tod zur Folge.

Thatsächlich steht jetzt fest:

1. Hose hat nur Abschürfungen im Gesicht und auf den Handrücken gehabt und an keiner Stelle Blut verloren.

2. Hose ist lebend ins Wasser gekommen, denn seine Haut zeigte die sogenannte Gänsehaut. Letztere kann an der Haut eines ins Wasser geworfenen Toten, den man schon, wie die Mordlügner wollten, über sechs Gräben geschleppt hat, nicht vorkommen.

3. Die Todesursache hat absolut nichts mit der Balgerei im Hohlweg, nichts mit den Abschürfungen an Gesicht und Hand zu thun. Ein Trunkener, der in eiskaltes Wasser stürzt, bekommt eine Art Lungenschlag und an einer solchen ist Hose verstorben. Die Sektion der Leiche hat gestern stattgefunden und zu dem Ergebnis geführt, daß keine fremde Person an dem jähen Ende Hoses Schuld trägt.

Was werden die ordnungsparteilichen Lügner nun machen? Werden sie sich schämen? Es giebt Leute, die schon jede Scham verloren haben.

Wir haben neulich bereits bemerkt, daß auch die Hallesche Zeitung zu den Blättern gehört, die die Harburger Schauermär heißhungrig nachgedruckt haben. In seiner vorgestrigen Abendausgabe druckt das edle Blatt auch die Auslassungen der Kreuzzeitung und der Hamburger Nachrichten ab. Pfui Teufel über ein solches Maß von Lumpenhaftigkeit und Gemeinheit!

England und Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze.

Auf dem westlichen Kriegstheater scheint vorläufig ein Stillstand in den Operationen eingetreten zu sein, wenigstens wird nichts von einer neuen Aktion weder der Engländer noch der Buren gemeldet. Die Buren sollen und müssen wohl auch ihre Truppen konzentrieren, aber wo, darüber lassen sich nur vage Vermutungen anstellen. Die einen meinen vor Bloemfontein, um die Hauptstadt des Oranjefreistaates zu schützen, die anderen sind der Ansicht, daß Bloemfontein den Engländern preisgegeben werde und die Buren sich nordöstlich festsetzen. Die heutigen Blätter sind angefüllt mit Schilderungen der Kämpfe um Paardeberg und der Uebergabe Cronjes. Ueber die letztere meldete Reuters Bureau:

Die Begegnung Roberts' und Cronjes erfolgte vor dem einfachen Wagen, der Roberts zum Schlafen diente. Als um 7 Uhr früh die kleine Reitertruppe in Sicht kam, die unter Führung des Generals Pretyman sich auf das englische Hauptquartier zu bewegte, ließ Roberts eine Abteilung Hochländer Aufstellung nehmen. Als die Reiter näher kamen, erblickte man zur Rechten Prytemans einen älteren Herrn in einfacher Kleidung mit breitrandigem Filzhut. Es war Cronje. Roberts und sein Generalstab empfingen den Ankommenden stehend. Pretyman stellte Cronje mit den Worten vor: „Kommandant Cronje". Cronje grüßte militärisch, Roberts erwiderte den Gruß. Die Reiter stiegen von den Pferden, Roberts ging auf Cronje zu, reichte ihm die Hand und sagte zu ihm: „Sie haben sich tapfer verteidigt!" Roberts forderte Cronje auf, Nahrung zu sich zu nehmen. Bis jetzt sind 3700 Gefangene, zwei Maxim- und drei andere Geschütze als erbeutet gezählt.

Lord Roberts selbst meldet unterm 28. Februar:

„General Cronje und Familie reisten gestern in Begleitung des Generals Pretyman und einer militärischen Eskorte ab. Die Frauen und Kinder wurden nach der Heimat gesandt. Ich erfahre, daß man bei den Buren sehr ungehalten ist, daß Cronje sich geweigert hat, freies Geleit für die Frauen, Kinder und Verwundeten anzunehmen. 170 Verwundete bleiben hier im Hospital. Ein großer Teil befindet sich in schrecklichem Zustand. Ich suchte gestern das Lager der Buren auf und war erstaunt, mit welchem Geschick und welcher Energie sie die Stellung zu einer fast uneinnehmbaren gemacht hatten."

Billig haben die Engländer ihren Triumph übrigens nicht erkauft. Die bis jetzt veröffentlichten Verlustlisten der Kämpfe am Paardeberg weisen bereits über 1000 Tote und Verwundete auf. Ueber die Verluste der Buren ist noch nichts bekannt. Eine englische Quelle behauptet, es seien am Paardeberg etwa 2000 Buren gefallen. Aus Burenquellen liegen keine Nachrichten vor. Vorläufig bleibt es unverständlich, warum der als genialer Feldherr gerühmte Cronje seinen Rückzug auf Bloemfontein, der angesichts der englischen Uebermacht, die sich am Modder River ansammelte, unbedingt notwendig geworden war, so lange hinausschob, bis es schließlich zu spät war.

Auch **Colesberg** ist wieder in den Händen der Engländer. Roberts meldet unterm 28. Februar:

„Auf die Nachricht, daß die Buren Colesberg geräumt haben, sandte General Clements Truppen zur Besetzung von Colesberg Junction und ritt nach Colesberg hinein, wo er begeistert begrüßt wurde. Er erbeutete dort Munition, verhaftete mehrere Rebellen und kehrte dann nach Rensburg zurück."

Daß auch Jamestown von den Buren geräumt worden ist, deutet darauf hin, daß die notwendige Konzentration der Burenstreitkräfte in vollem Gange ist. Nach einer Reutermeldung sollen die Buren bei dem Kampfe um Jamestown 50 Tote und 153 Verwundete gehabt haben. Außerdem werden 300 vermißt.

Auch Joubert scheint seine Truppen, oder zum wenigsten den größten Teil derselben von **Ladysmith** zurückgezogen haben. Infolgedessen soll es Buller gelungen sein, **Ladysmith zu entsetzen.** Buller telegraphierte gestern:

„General Dundonald ist mit den Natal-Carabiniers und einem kombinierten Regimente vergangene Nacht in Ladysmyth eingerückt. Das Gelände zwischen mir und Ladysmith soll vom Feinde gesäubert sein. Ich rücke auf Nelthorpe vor."

Diese Meldung besagt keineswegs, daß Ladysmith nun auch thatsächlich entsetzt ist, trotzdem wird in London der Entsatz als eine vollendete Thatsache angesehen. Die Bullersche Depesche hat den größten Enthusiasmus entfesselt. Vor dem Mansion House stockte aller Verkehr, als der Lord Mayor dort von einem Fenster aus die Depesche verlas. Tausende jubelten und sangen und schwenkten Fahnen, welche sie von Omnibussen heruntergenommen hatten. Auch sonst begegnete man in allen Straßen Gruppen von Leuten, welche ihrer Freude die Zügel schießen lassen. In vielen Straßen sieht man Fahnen. Im Schlosse von Windsor wurden gleich die Glocken geläutet und heute abend sollen die Glocken der Paulskirche läuten.

Der Enthusiasmus dürfte nicht lange anhalten. Es werden jedenfalls noch Ströme von Blut fließen, noch Hekatomben von Menschen hingemordet werden, ehe es dem britischen Reiche gelingt, die beiden Burenrepubliken zu unterjochen, ehe die Chamberlain, Cecil Rhodes u. s. w. triumphieren können.

Unterdessen wird folgende Depesche Bullers veröffentlicht:

Nelthorpe, 1. März, 5 Uhr nachm. Ich komme eben von Ladysmith zurück. Von einer kleinen Nachhut nördlich der Surprise-Hill abgesehen, haben sich die Belagerer sämtlich in höchster Eile zurückgezogen und das Land südlich der Stadt ist völlig frei von ihnen. Die Garnison wird einiger Pflege bedürfen, ehe sie wieder feldtüchtig ist.

Ladysmith ist nun thatsächlich befreit, aber Joubert ist keineswegs besiegt. Er hat Buller freiwillig den Weg geöffnet.

Bemerkt sei noch, daß nach einer Meldung des Daily Telegraph **Wilhelm II.** aus Anlaß der Uebergabe Cronjes an die Königin und den Prinzen von Wales Telegramme gesandt hat, in denen er „in generösen und freundlichen Ausdrücken auf das wichtige Ereignis von Lord Roberts Sieg bei Paardeberg Bezug nimmt".

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 2. März 1900.

Einen Geheimerlaß, den der jetzige Minister des Innern Freiherr v. Rheinbaben in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident von Düsseldorf an die Landräte und Oberbürgermeister gerichtet hat, konnte gestern der Abgeordnete für Halle, Genosse Fritz Kunert, im Reichstage zur Sprache bringen. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungs-Präsident.
C. B. 2323.

Geheim!

Düsseldorf, 24. Juli 1899.

Nach dem Zirkular vom 10. Juni 1894 (Min.-Bl. f. d. inn. Verw. S. 102) können Anfragen und Ersuchen, welche seitens der in Deutschland bestellten, mit dem Exequatur versehenen Konsuln ausländischer Staaten innerhalb der Grenzen ihrer amtlichen Aufgaben und ihres Amtsbezirks an die diesseitigen Verwaltungsbehörden gerichtet und von diesen unmittelbar beantwortet werden, sofern es sich nicht um Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt. Gegenüber den **amerikanischen Konsuln,** für welche die vorangeführten Grundsätze gleichfalls Geltung haben, ist indessen von allen zur Beeinträchtigung diesseitiger Interessen geeigneter Mitteilungen abzusehen, gleichgiltig, ob deren Auskunftsbegehren Fragen von allgemeiner Bedeutung betreffen oder nicht. In zweifelhaften Fällen ist von einer Antwort abzusehen und an mich zu berichten.

Als Mitteilungen, die unter **keinen Umständen den amerikanischen Konsuln** zu machen sind, bezeichne ich z. B. statistische Angaben über Zuwiderhandlungen gegen das Nahrungsmittelgesetz und seine Nebengesetze, insbesondere über die Herstellung und den Vertrieb gesundheitsschädlicher Nahrungs- und Genußmittel und Gebrauchsgegenstände einschließlich Spielwaren, über die Verfälschung und den Vertrieb derartiger Waren, über Trichinen- und Finnenfunde in **einheimischem** Fleische und über den Stand von Menschen- und Tierkrankheiten.

Es besteht jedoch kein Bedenken, wenn bei Anfragen über die letztbezeichneten Punkte die um Auskunft ersuchten diesseitigen Behörden auf die **regelmäßigen** statistischen Mitteilungen in den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes verweisen; eine Beschaffung weiteren Materials hat indessen zu unterbleiben.

Ich ersuche, diese Angelegenheit als **streng vertraulich** zu behandeln und die nachgeordneten Behörden mit entsprechender Weisung unter ausdrücklicher Betonung der streng vertraulichen Behandlung zu versehen.

Eine Mitteilung dieser Verfügung an die Bürgermeister durch einfache Kenntnisgabe derselben in Abschrift hat zu unterbleiben, es ist vielmehr im Wege besonderer dortseitiger Verfügung zu verfahren.

Freiherr von Rheinbaben.

An die
Landräte und Oberbürgermeister.

Genosse Kunert hat an dieser, im agrarischen Interesse erlassenen Anordnung eingehende und treffende Kritik geübt.

Der Reichstag erledigte gestern den Etat des Auswärtigen Amtes. Genosse Gradnauer brachte bei dieser Gelegenheit die Friedenskonferenz zur Sprache.

Der Verordnung über das Inkrafttreten der Handwerkskammern hat der Bundesrat in seiner Sitzung am Donnerstag die Zustimmung erteilt.

Das Wort von der einen reaktionären Masse hat durch die Reichstagswahl in Kalbe-Aschersleben wieder einmal seine volle Bestätigung gefunden. Trotzdem es sich bei dieser Wahl darum handelte, energischen Protest einzulegen gegen die Majestätsbeleidigungsseuche, durch die in den letzten Jahren Tausende von Familien ins Unglück gestürzt worden sind, haben selbst die Freisinnigen fast Mann für Mann dem reaktionären Placke ihre Stimme gegeben. Diese Thatsache wird nicht nur von den konservativen und nationalliberalen Organen konstatiert, sondern auch von den freisinnigen Organen zugestanden. So schreibt die Saale-Ztg.:

„Zunächst läßt das Wahlergebnis im Vergleich zur Reichstagswahl im Jahre 1898 unzweideutig erkennen, daß der weitaus größte Teil der Anhänger der freisinnigen Parteien, trotzdem diese, sobald sie mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plane erscheinen, als „Reichsfeinde" mit den Sozialdemokraten gleich gewertet werden, seine Stimme für Placke abgegeben hat. Von den 2232 Stimmen, die 1898 der Kandidat der freisinnigen Parteien, Fabrikant Saalwächter in Schönebeck, erhielt, sind gestern 1000 Stimmen bestimmt Placke zugefallen."

Und die freisinnige Lüneburger Zeitung sagt:

„Ueberblicken wir das Wahlresultat, so können wir uns der Ueberzeugung nicht verschließen, daß Herr Placke nur dadurch als Sieger aus der Urne hervorging, weil die freisinnigen Wähler ihm zum größten Teile ihre Stimmen gaben. Auch dies giebt zu denken. Es ist leider nur zu oft vorgekommen, daß auch die Freisinnigen als Reichsfeinde, als vaterlandslos ꝛc. hingestellt und mit einer Schärfe bekämpft wurden, die nicht am Platze war."

Die alte Geschichte: Die Furcht vor dem roten Gespenst raubt den Freisinnigen Sinn und Verstand sie vergessen die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0001

elementarsten Grundsätze ihres Programms und werfen sich den ärgsten Reaktionären mit Hipp Hipp Hurra in die Arme. Es kann das ja auch nicht anders sein. Die wirtschaftlichen Gegensätze haben sich allmählich so zugespitzt, daß für eine bürgerliche Partei auf demokratischer Grundlage kein Platz mehr vorhanden ist. Es giebt nur noch ein Hüben und ein Drüben, was dazwischen liegt, das sogenannte liberale Bürgertum, ist ein form- und energieloses Gebilde, ohne jede Bedeutung. So bekannt diese Thatsache ist, so ist es immerhin gut, daß immer wieder Beweise für ihre Richtigkeit erbracht werden. Bei unseren Bernsteinianern bedarf es thatsächlich starker Mittel, um die harte Haut, die sich ihnen über die Augen gelegt hat, hinwegzuätzen. Die Gegensätze, die innerhalb der besitzenden Klasse bestehen, sind nur solche des Grades, nicht des Prinzips, der klassenbewußten Arbeiterschaft bilden alle Elemente der Besitzenden eine einzige reaktionäre Masse. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, der kann sich unmöglich der Richtigkeit dieser Thatsache verschließen.

Ueberdies ist auch bei dieser Wahl mit allen den Mitteln gearbeitet worden, die man von den Ordnungsparteien gewöhnt ist. Die Wahlbeeinflussungen haben einen außerordentlich hohen Grad und Umfang erreicht. Außerdem sind **264** Stimmzettel, auf denen der Name des Mischmaschkandidaten durchstrichen und derjenige Schmidts mit Blaustempel aufgedrückt war, für ungiltig erklärt worden. Da diese Zettel zweifellos giltig sind, so hat Schmidt **17960** Stimmen erhalten, Placke 19333. Schmidt hat also 900 Stimmen mehr erhalten, als in der Hauptwahl von 1898! Die Ordnungsbrüder haben also durchaus keinen Grund, ein Triumphgeheul anzuschlagen!

Unsere Genossen werden übrigens bereits am nächsten Sonntag ein Flugblatt an die Bevölkerung verbreiten, in dem geschildert wird, mit welchen niedrigen Mitteln die Gegner gearbeitet haben. Die sofortige Aufnahme der agitatorischen Arbeit zeigt, daß unsere Genossen in Kalbe-Aschersleben frischen Mutes ihre politische Aufgabe verfolgen. Sie werden weiter arbeiten und die nächste Zeit schon wird den Nachweis erbringen, daß diese Niederlage, wie so viele andere vor ihr, nur eine „vorübergehende Erscheinung" im Entwickelungsgange der Sozialdemokratie ist.

Ueber die Breslauer Landtagswahl liegt nunmehr der Bericht der Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses vor. Bekanntlich lautet der Antrag der Kommission dahin, die Wahlen für ungiltig zu erklären, da es bewiesen sei, daß den sozialdemokratischen Wahlmännern als Entschädigung für die Einbuße an Arbeitsverdienst und Zeitversäumnis — die Wahl dauerte 14 Stunden — 5 bis 6 M. von der Partei gezahlt seien. Darin erblickte die Kommission eine grobe Wahlbeeinflussung, obwohl die Erstattung von baren Auslagen an die Wahlmänner bisher niemals beanstandet wurde. Dieser Widerspruch erklärt sich sehr einfach: Der Kommissionsbericht läßt keinen Zweifel darüber obwalten, daß es der Mehrheit nicht auf eine objektive Prüfung ankam, sondern daß sie sich auf den einseitigen Parteistandpunkt gestellt hat und durch diesen Beschluß die Sozialdemokratie an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindern will. Sprach es doch der Referent ganz offen aus: Die Sozialdemokratie sei bei den letzten Wahlen zum Landtage zum erstenmale als Partei aufgetreten; es sei Pflicht der Kommission, im Interesse der Wahlfreiheit gleich dem ersten Versuche der unzulässigen Wahlbeeinflussung energisch entgegen zu treten. Und ein anderer Redner verstieg sich sogar dazu, an die Kommission die Mahnung zu richten, aus politischen Gründen der hier zum erstenmale in Szene gesetzten sozialdemokratischen Praxis energisch entgegen zu treten. Es handle sich hier keineswegs nur um eine Ungeschicklichkeit oder Taktlosigkeit einiger Personen, sondern um den Anfang eines Systems der Korruption, dessen Fortsetzung die unerfreulichen Erscheinungen, die sich in Wahlkämpfen anderer Länder zeigten, auch bei uns einbürgern würde.

Eine derartige Argumentation ist geradezu kolibar, wenn man sich an die groben Wahlbeeinflussungen erinnert, denen die Mehrheit des Abgeordnetenhauses überhaupt ihre Wahl verdankt. Denn man kann doch nicht gut annehmen, daß Freibier, Schnaps, Zigarren 2c., womit namentlich in den seligen Gefilden Puttkameruns die „königstreuen" Wähler reichlich traktiert werden, als Erstattung barer Auslagen anzusehen ist. Dort ist die Korruption, die angeblich durch die Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie eingebürgert werden soll, schon thatsächlich zu höchster Blüte gelangt.

Die Breslauer Arbeiterschaft wird hoffentlich der reaktionären Mehrheit die gebührende Antwort auf diese Beleidigung nicht schuldig bleiben.

Von einer unerhört hohen kriegsgerichtlichen Strafe wird aus Pirna i. S. berichtet. Der Fahrer Schreiber aus Niederhäßlau, bei der 2. Batterie des in Pirna garnisonierenden Fußartillerie-Regiments, wurde zufolge Kriegsgerichts-Erkenntnisses zu einer Gefängnisstrafe von ein Jahr acht Monaten und mit ihm acht Mann mit je ein Jahr sechs Monaten und ein weiterer Mann mit sechs Monaten wegen **Meuterei** verurteilt.

Die Thatsache, welche dem schweren Vergehen der Meuterei zu Grunde gelegt worden ist, ist folgende:

Die 2. Batterie hatte, weil am hohen Neujahrstage (6. Jan.) einige zweijährige Mannschaften im angetrunkenen Zustande die Kaserne passiert haben, Kasernenbeschränkung erhalten. Die Verurteilten sind unbekümmert um diese Kasernenbeschränkung Sonntags darauf bis nach 2 Uhr nachts ausgeblieben.

Die durch das Kriegsgericht verhängte drakonische Strafe hat eine erschütternde Wirkung auf alle, die davon Kenntnis erhielten, ausgeübt. Wenn Vergehen solcher Art als Meuterei angesehen werden, dann darf es nicht wundernehmen, daß die Neigung, des Königs Rock zu tragen und die „erzieherische Wirkung" des Kasernenlebens unter der allgemeinen Wehrpflicht immer mehr abnimmt.

Vom hohen Pferde wird nunmehr der Kriegsminister wohl herabsteigen müssen. Als Bebel bei der Beratung des Militäretats bemerkte, daß in den Kasernen Mißhandlungen der jüngeren Mannschaften durch die älteren üblich seien, lehnte der Kriegsminister es ab, dieser Behauptung näher zu treten, bis Beweise beigebracht seien. Nunmehr wird dem Vorwärts geschrieben: Bei der 9 Kompagnie des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 in Berlin bekommen die Rekruten jeden ersten Weihnachtsfeiertag unbarmherzige Prügel mit Klopfpeitschen von den älteren Mannschaften. Der Vorgang ist folgender: Am Heiligabend wird der ganzen Kompagnie im Beisein der Offiziere beschert. Nach der Bescherung sagen die „alten Leute", insbesondere die Rekruten-Gefreiten, zu den Rekruten: „Morgen früh wird Kuchen empfangen!" Am 1. Feiertag, bevor die Kompagnie geweckt wird, kommt ein „alter Mann" und ruft in jede Stube: „Sofort Kuchen empfangen!" Die nichts ahnenden Rekruten springen aus den Betten und werden in zwei Alteleutestuben geführt, wo die alten Leute die Rekruten durchprügeln. Eine Meldung wagen die Rekruten nicht aus Furcht vor noch mehr Prügeln. Nach dem Gewährsmanne des Vorwärts spielt sich dieser Vorgang jedes Jahr ab; denn die Mehrheit sage sich, „wir haben's gekriegt, die „Remonte" soll's wieder kriegen."

Die reichsdeutsche „Sozialreform" schreitet vorwärts. In der Frankf. Ztg. lesen wir:

Aus einer sehr vertrauenswürdigen Quelle wird uns mitgeteilt, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen der badischen und der Reichsregierung schweben, die dahin zielen, daß künftig der Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors (des ausgezeichneten Sachkenners Wörishoffer) nicht mehr selbständig veröffentlicht werde, sondern zunächst nach Berlin wandere und dort zusammen mit den preußischen Berichten herauskomme. Vermutlich schweben ebenfalls Verhandlungen mit anderen deutschen Regierungen. Dazu bemerkt unser Gewährsmann: „Der Zweck dieser Maßnahmen kann nur der sein, daß man in Berlin in der Lage sein möchte, unbequeme Ausführungen des anerkannt objektiven badischen Fabrikinspektors zu unterdrücken oder zurechtzustutzen, wie man ja auch in der Denkschrift zur Zuchthausvorlage das von der badischen Regierung gelieferte Material sehr eigentümlich verarbeitet hat. Daß dadurch die wertvollen Berichte des badischen Fabrikinspektors bedeutend an Wert verlieren würden, liegt auf der Hand." Das würden sie in der That, und wir hoffen, daß die badische Regierung eine ihrer besten Institutionen nicht in solcher Weise heruntdrücken wird. Was durch die Zuchthausvorlage nicht erreicht werden konnte, daß soll jetzt auf negative Weise herbeigeführt werden! Die Furcht vor der Wahrheit muß doch sehr groß sein!

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 2. März 1900.

* **Das Gewerkschaftskartell** beschloß in seiner gestrigen Sitzung, in welcher 72 Delegierte anwesend und sämtliche Gewerkschaften außer den Dachdeckern vertreten waren, einstimmig, daß der Streik der Bergarbeiter zur Sache der gesamten Arbeiterschaft von Halle zu machen und dementsprechend zu unterstützen sei. Die Gewerkschaften bringen zu diesem Zwecke an ihre Mitglieder Bons zu 10 Pfg. zur Verausgabung. Obwohl sich der Streik in der Hauptsache nur noch auf die bei Halle gelegenen Gruben erstreckt, sind noch gegen 1240 streikende Bergleute zu unterstützen. Von jedem organisierten Arbeiter wird erwartet, daß er wöchentlich mindestens 1 Bon erwirbt. Nach dem famosen Kolleltenprozeß im vergangenen Jahre ist es notwendig, daß bei Verausgabung der Bons die größte Vorsicht beobachtet wird. — Die Neuregelung der Beiträge und Delegierungen zu dem Kartell wurde gestern mit übergroßer Mehrheit dahin geregelt, daß die besonderen Kartellbeiträge wegfallen und der Sekretariatsbeitrag auf monatlich 8 Pfg. ermäßigt und obligatorisch gemacht wird. Die überschießenden 2 Pfg. pro Kopf und Monat werden als Beitrag zum Kartell erhoben. — Weiter wurde beschlossen, daß Montag, den 12. März, eine große öffentliche Gewerkschafts-Versammlung abgehalten werden soll, in welcher über die Novelle zum Unfallgesetz oder über die Neugestaltung des Alters- und Invalidengesetzes referiert, der Halbjahrsbericht über das Arbeitersekretariat erstattet und über die Neuregelung der Beiträge und Delegierung zum Kartell endgiltig entschieden wird. Ausführlicher Bericht über die gestrige Sitzung folgt.

* **Die hiesigen Malergehilfen** haben im vorigen Jahre bei Beendigung ihrer Lohnbewegung von der Maler-Innung das Versprechen erhalten, daß vom 1. April d. J. ab die 9½stündige Arbeitszeit und ein noch festzusetzender, nach Altersgrenzen bemessener Minimallohn bewilligt werden sollte. Da man jedoch seitens der Gehilfen dem Versprechen nicht so recht traute und annahm, daß die Innung sich möglicherweise weigern würde, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen in dem versprochenen Rahmen durchzuführen, fragte der Vorsitzende des Malerverbandes, Genosse Heyn, schon vor ungefähr 6 Wochen bei der Innung an, ob sie denn ihr Versprechen einhalten und insbesondere, ob sie den Minimallohn von 45 Pf. pro Stunde für Maler, und 40 Pf. für Anstreicher bewilligen würde. In einer außerordentlichen Innungsversammlung, die am 8. Februar stattfand, nahmen die Meister zu der Frage Stellung. Jedoch erst am 1. März erhielt der Genosse Heyn das Resultat der Beratung zugestellt, nachdem schon in den hiesigen bürgerlichen Blättern der Innungsbeschluß in der Hauptsache mitgeteilt war. Die Antwort der Meister lautet dahingehend, daß vom 1. April d. Js. ab die 9½stündige Arbeitszeit eingeführt wird und von demselben Zeitpunkt an eine weitere Lohnerhöhung je nach Leistung stattfindet. Bezüglich des geforderten Minimallohnes heißt es in dem Antwortschreiben: Auf einen Minimallohn bedauert die Innung wegen der ganz verschiedenen einzelnen Leistungen der Gehilfen sich nicht einlassen zu können. — Somit hat die vorjährige Lohnbewegung wenigstens den Erfolg zu verzeichnen, daß die Arbeitszeit verkürzt und der Lohn erhöht wird. Ging auch die Innung auf die Einführung des Minimallohns noch nicht ein, so hoffen doch die Gehilfen, im Laufe der Zeit durch die Macht der Organisation sie dazu zu zwingen.

* **Einen hübschen Erfolg** erzielten die hiesigen Modelltischler, die sich erst seit kurzem zu einer besonderen Sektion im Holzarbeiterverband zusammengethan haben, mit ihrer Lohnforderung, die sie vor einigen Wochen bei den Fabrikanten einreichten. Sie verlangten 42 Pf. Minimal-Stundenlohn für Modelltischler, 40 Pf. für die anderen Tischler und 10 Prozent Lohnaufschlag für diejenigen, die den geforderten Stundenlohn bereits erhalten. Da nur wenige Betriebe in Betracht kamen, rechnete man von vornherein darauf, daß es zu keinem Kampf kommen würde. Man hat sich auch nicht getäuscht. Nach kurzem oder längerem Sträuben bewilligten sämtliche drei Fabriken, die hier ausschlaggebend sind. Nur einige kleine Fabriken zahlen diesen Lohn noch nicht. Leider sind es hier die Tischlergesellen selbst, welche daran Schuld tragen, weil sie nicht organisiert sind. Die Modelltischler aber können mit diesem Resultat ihrer Lohnbewegung zufrieden sein. Ist doch wieder einmal der Beweis erbracht, daß durch ein einheitliches und zielbewußtes Vorgehen gar viel erreicht werden kann.

* **Beim Bauarbeiter-Ausstand** ist die Situation ziemlich unverändert. Die Versammlung der Bauarbeiter am Mittwoch faßte Beschluß dahin, daß auf dem Kasernenbau kein Bauarbeiter Putz tragen darf, wenn sich etwa Maurer finden würden, die Akkordarbeit verrichten. Dem Vorgehen der Kollegen auf dem Eisenbahn-Betriebsamt erteilte die Versammlung ihre Zustimmung. Es handelt sich jedoch nicht um einen, sondern um zwei Kalk-Transporteure. Herr Grote hatte keine Lust mehr, diese beiden Arbeiter selbst zu bezahlen, was doch seine Pflicht war, und machte ihnen deshalb den Vorschlag, daß einen Kalk-Transporteur die Bauarbeiter bezahlen sollten, während er die Bezahlung des anderen auch fernerhin übernehmen wollte. Doch die Bauarbeiter gingen darauf nicht ein. Als Herr Grote schließlich nicht mehr mit sich sprechen ließ und ihm die Aeußerung entschlüpfte: Wenn die Leute nicht wollten, wie er wollte, könnten sie sich zum Teufel scheren, blieb den Bauarbeitern nichts anders übrig, als die Arbeit niederzulegen. Herrn Grote scheint jedenfalls auch das Märchen von dem „Herrn im eigenen Hause" noch vorzuschweben, sonst würde er wohl diese Aeußerung nicht gethan haben. — Fand also, wie schon bemerkt, das Verhalten der Bauarbeiter auf dem Eisenbahnbetriebsamt die Zustimmung ihrer Kollegen, so war dies bezüglich der Arbeitseinstellung auf dem Bau in der Leipzigerstraße keineswegs der Fall. Man erteilte ihnen sogar wegen ihres unkorrekten Vorgehens eine Rüge und gab ihnen den Rat, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Ob das inzwischen geschehen ist, wissen wir nicht. Aber eines mögen die Arbeitgeber und die kleinen und großen Scharfmacher unter ihnen daraus lernen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht die Streikvereine sind, als die man sie allgemein hinstellt und als welche sie auch der Graf Posadowsky im Reichstag gelegentlich eines Vorpostengefechts über die Zuchthausvorlage bezeichnete. Sie prüfen sehr genau, ob eine Arbeitsniederlegung zu Recht oder Unrecht erfolgt ist und sie haben auch den Mut, ihren Mitgliedern zu sagen: Hier habt Ihr nicht richtig gehandelt. Das ist aus dem Bericht über die Bauarbeiterversammlung klipp und klar herauszufinden. Daß die Lohnbewegungen ohne Organisationen ganz andere und für den Arbeitgeber durchaus nicht genehmere Formen annehmen würden, steht zweifellos fest. Sogar der badische Fabrikinspektor Wörishoffer erkennt das ohne weiteres an. Nur ein preußischer Minister und die mit ihm geistesverwandten Stümmlinge jedem Kalibers vermögen das nicht einzusehen, weil sie es eben nicht einsehen wollen.

* **Ueberschätzt** hat man die Direktionen der preußischen Staatsbahnen, als man kürzlich durch die Presse verbreitete, daß seit 1. Januar d. J. den Krankenkassen bei Verbringung ihrer Kranken nach den Heilanstalten Fahrpreisermäßigung gewährt wird. So kulant ist die Eisenbahnverwaltung denn doch nicht, wie aus einer Mitteilung der halleschen Eisenbahndirektion an die Saale-Zeitung, die gleich uns diese Mitteilung brachte, hervorgeht. Die Eisenbahndirektion macht darauf aufmerksam, daß „Fahrpreisermäßigung nach dem Tarife nur solchen unbemittelten kranken Personen gewährt wird, für die eine Fürsorge anderer Verpflichteter, insbesondere nach Maßgabe der Reichsgesetze über die Kranken- und Unfallversicherung, nicht eintritt." Na also! Wer wird unsere Eisenbahnverwaltungen gleich in den Geruch sozialpolitischer Fürsorge bringen? Das ist bei uns in Preußen Staatsverbrechen. Wozu sind denn überhaupt die Eisenbahnen da? Etwa, um dem Publikum Fahrgelegenheit zu geben oder um Ueberschüsse zu machen? Doch allemal um des letzteren Zweckes willen! Wer sollte denn die vielen Panzerschiffe und Marinesoldaten bezahlen, wenn nicht aus den Eisenbahnen etwas herauszuholen ist? Wie kann man da noch für Krankenkassen, die man an sich schon mit scheelen Augen betrachtet, Fahrpreis-Ermäßigung eintreten lassen. Nein, nein, das geht nicht, wirklich nicht. Wozu leben wir denn in Preußen?

* **Gebete für die Buren.** Der Oberst z. D. Boysen, den wir am Dienstag gelegentlich seines Eingesandts über die Verhältnisse am Stadttheater erwähnten, empfiehlt in den hiesigen Blättern in einem Eingesandt, nachdem er die Friedenskonferenz als ein von den Regierungen in Szene gesetztes Narrenspiel bezeichnet, folgendes Allheilmittel, um den Buren den dauernden Sieg über die Engländer zu verleihen:

Aber könnte nicht ein Gebet für den Frieden und zur Ehre der Gefallenen in der Kirche gesprochen werden? Würde das nicht eine edle und erlaubte Kundgebung unserer Sympathie sein?

O ja, erlaubt ist das Beten schon, das ist nicht staatsgefährlich und schadet niemanden. Aber den Buren ist damit nichts geholfen. Sie brauchen Geld und Leute, die für sie kämpfen. Und da auch in Deutschland die Zahl der Burenschwärmer, die mehr in Worten als in Thaten ihre Sympathien bekunden, ungeheuer groß ist, so wird den Buren von dieser Seite recht wenig Hilfe zu teil werden. Aber was nun, wenn auch die Engländer „ein Gebet in der Kirche" sprechen? Und sie werden das gewiß thun, da ja England das Land der Askese und der Frömmigkeit ist. Wem soll dann der Gott helfen, zu dem alle zwei Völker ihre Zuflucht nehmen? Uebrigens ist es von einem Oberst z. D. schon sehr gewagt, wenn er von dem „Narrenspiel der Friedenskonferenz" spricht. Sozialdemokratische Blätter haben allerdings das schon hundertmal gesagt und sie freuen sich, wenn sie mit einem Oberst gleicher Meinung sind. Aber im Lande der Denker und Dichter gilt es schon als Staatsverbrechen, wenn in einer wichtigen Frage ein höherer Offizier mit Sozialdemokraten dieselbe Auffassung gemein hat.

* **Der beleidigte Theaterdirektor.** Herr Direktor Richards will gegen den Oberst z. D. Boysen wegen seines Eingesandts klagbar werden. Wir raten Hrn. Richards davon ab, er würde sich dadurch gewiß keine Freunde gewinnen und vielleicht wäre nicht Herr Boysen der Angeklagte, sondern Herr Richards selbst. Ist sein Institut nicht so stark, daß es eine offene Kritik vertragen kann, dann hilft auch keine Gerichtsverhandlung darüber hinweg. Suche Herr Richards die gerügten Mängel und Fehler zu verbessern und auszumerzen, dann hat er dem Stadttheater einen viel größeren Dienst erwiesen, als wenn er die Kritiker vor den Kadi schleppt.

* **Die stummen Kränze.** In der Hallescher Zeitung beschwert sich jemand in einem Eingesandt darüber, daß das Direktorium der Franckeschen Stiftungen bei den diesmaligen Abiturientenprüfungen das Kränzetragen bezw. Verteilen verboten hat, weil im Herbst v. J. auf dem hiesigen Marktplatze ein kranzgeschmückter Schüler von der Polizei auf die Ungehörigkeit seines Auftretens aufmerksam gemacht wurde. Zum Schlusse meint der Einsender: „Es wäre bedauerlich, wenn man über die schöne, alte Sitte, welche dem Abiturium an den Franckeschen Stiftungen stets einen besonderen Reiz verlieh, hinwegschritte und der alles nivellierenden nüchternen Neuzeit unnötige Konzessionen machte. Kränze machen wohl etwas Aufsehen, sind doch aber stumm." Allerdings sind Kränze stumm und Schleifen auch. Trotzdem erblickt die Polizei in den „stummen" Kränzen und den „stummen roten Schleifen", die bei Beerdigungen von Angehörigen der Sozialdemokratie getragen werden, eine großartige Demonstration gegen Staat und Gesellschaft und konfisziert sie. Werden dagegen weiße Schleifen zu den Kränzen verwandt, dann kümmert sich niemand darum, dieweil weiß zwar auch stumm ist, aber nichts Staatsfeindliches an sich hat. Hingegen wirkt schon der Anblick des vermaledeiten Rot auf jeden guten loyalen Staatsbürger genau so, wie auf das gehörnte vierfüßige Tier. Es giebt ja so viele Dinge im kapitalistischen Staate, die stumm sind, aber doch eine so deutliche Sprache reden, daß man nur den Wunsch haben kann, sie möchte von allen, nicht nur von wenigen, verstanden werden.

L. **Reichsgericht.** Wegen falscher Versicherung an Eidesstatt ist am 8. Dezember v. J. vom Landgerichte der Arbeiter Karl Gelbe zu einem Jahre Gefängnis und Ehrverlust verurteilt worden. Er hatte verschiedene Möbelstücke von dem Arbeiter H. gekauft. Diese wurden weiter bei ihm gepfändet, da ein Gläubiger ihn verklagt hatte und gegen ihn ein Zwangsvollstreckungsverfahren schwebte. H. verlangte nun bei Gericht die Einstellung dieses Verfahrens und legte eine von Gelbe unterzeichnete eidesstattliche Versicherung vor worin gesagt wurde

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0002

daß die traglichen Sachen Eigentum des H. seien, die er auf einer Auktion in Leipzig gekauft und dem Gelbe zur Aufbewahrung übergeben habe. Diese Erklärung soll Gelbe wissentlich falsch abgegeben haben, da er gewußt habe, daß jene Sachen zum Eingebrachten der Frau H. gehört hatten, nicht aber von H. auf einer Auktion in Leipzig gekauft worden sind. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil wegen verschiedener Widersprüche auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

* **Unfall.** Durch einen Fall zog sich die Arbeiterin Wilwe März eine Verstauchung des linken Armes zu. Dieselbe mußte klinische Hilfe in Anspruch nehmen.

* **Der neugewählte Landeshauptmann der Provinz Sachsen,** Oberregierungsrat Bartels, ist vom preußischen König bestätigt worden.

* **Die beleidigten Gutsbesitzer der Provinz Sachsen.** Im Wochenblatt für Neuhaldensleben ist folgendes „Eingesandt" zu lesen: Der Abgeordnete Bebel hat in der Reichstagssitzung vom 6. Februar laut Bericht der Magdeburgischen Zeitung gesagt: „Ein Herr aus der Magdeburger Gegend schreibt mir, daß dort allgemein jede Arbeiterin den Lüsten des Gutsherrn preisgegeben wird. Fügt sie sich nicht, so wird sie mit der schwersten Arbeit belastet und verläßt sie die Stelle, so bekommt sie in der ganzen Gegend keine andere. Das Boykottsystem ist hier vollständig durchgeführt." Hierauf ist keine Erwiderung erfolgt. Ich erlaube mir daher die ergebene Anfrage an unseren Reichstagsabgeordneten Herrn Hojang zu richten, weshalb er nicht Protest erhoben hat gegen die ungeheuerliche Anschuldigung gegen einen großen ehrenwerten Stand seines Wahlkreises, weshalb er nicht Bebel aufgefordert hat, durch Nennung der Namen der Schuldigen diese Behauptung zu beweisen? Ich bitte Herrn Hojang, das Versäumte nachzuholen und den Abgeordneten Bebel zur Beweisführung aufzufordern in der nächsten Plenarsitzung des Reichstages und ihn zu veranlassen, diese Schmähungen zu widerrufen, falls ihm dieser Beweis nicht gelingt. v. Rathusius-Hundisburg. Der Herr v. Rathusius-Hundisburg nimmt ja den Mund hier sehr voll. Wir glauben aber, daß sein Appell an Herrn Hojang unerhört verhallen wird. Herr Hojang wird schweigen und er wird auch wissen, warum.

* **Arbeiter-Sekretariat Halle,** Geissstraße 21, erster Hof l. Wochenbericht. Vom 19.—24. Febr. haben das Sekretariat 157 Personen in Anspruch genommen. Von den vorgebrachten Anliegen betrafen: Unfälle 19, Arbeitsstreitigkeiten 18, Krankenversicherung 14, Dienstboteustreitigkeiten, Mietsstreitigkeiten je 12, Forderungen, Alimentation je 11, Strafsachen 10, Invalidenversicherung, Privatklagen, Erbschaft je 7, Strafbefehle 5, Erstattung von Invalidenbeiträgen, Verheiselichung, Aufhebung des Lehrvertrags, Zivilklagen, Vereinsangelegenheit je 3, Gerichtskosten, Staatsangehörigkeit je 2, Zwangserziehung, Annahme an Kindesstatt, Bücherbestellung, Zwangsinnung, Zivilversorgungs-Schein je 1. Erledigt wurden durch mündliche Auskünfte 131, auf schriftlichem Wege 26 Fälle. Nach Stand oder Beruf geordnet verteilen sich die Parteien wie folgt: Arbeiter 118, Ehefrauen 11, selbständige Gewerbetreibende 7, Witwen, Dienstboten je 6, Verkäuferinnen, Arbeiterinnen je 3, Lehrlinge 2, Handlungsgehilfe 1. Von den Arbeitern waren gewerkschaftlich organisiert 84 und verteilen sich dieselben auf die einzelnen Verbände folgendermaßen: Metallarbeiter 16, Maurer, Bergarbeiter je 11, Bauarbeiter 8, Holzarbeiter 7, Fabrikarbeiter, Zimmerer je 5, Maler, Brauer, Handelshilfsarbeiter je 3, Schneider, Steinsetzer, Schuhmacher, Tapezierer je 2, städtische Arbeiter, Gastwirtsgehilfen, Steinmetzen, Töpfer je 1. Ihren Wohnsitz hatten in Halle 112, Giebichenstein 13, Nietleben 3, Trotha, Merseburg, Kröllwitz je 2, Hohenmölsen, Greppin, Trebnitz, Nauendorf, Wengelsdorf, Friedrichschwerz, Wörmlitz, Roitzsch, Bemdorf, Delitzsch, Harsdorf, Eisleben, Dieskau, Zeitz, Leuchern, Ermlitz, Radatz, Meuselwitz, Bitterfeld, Roda, Teutschenthal, Seeben, Zscherben je 1 der Parteien.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Lessings dramatisches Gedicht „Nathan der Weise" geht am Sonnabend neu einstudiert in Szene. Zu dieser Vorstellung gelangen Schülerbillets zum Parkett à 1 Mark zur Ausgabe. Für Sonntag nachmittag 3 Uhr ist die Oper „Carmen" angesetzt. In der Abendvorstellung beginnen die „Schlierseer" ihr Gastspiel.

Die „Schlierseer" als Gäste im Stadttheater in Halle. Diese äußerst interessante, durchwegs aus oberbaierischen Bauern bestehende, dreißig Mitglieder zählende Gesellschaft „Schlierseer Bauerntheater", giebt hier eine kurze Serie von Gastvorstellungen. Eröffnet werden diese fesselnden Spiele am Sonntag mit dem vieraktigen Volksstück mit Gesang und Tanz („Schuhplattler") „Liesel von Schlierseer". Am zweiten Gastspielabend, Montag, den 5. März, bringen die Schlierseer Bauern eines der trefflichsten Stücke ihres Repertoirs und zwar das lustige „Jägerblut" zur Aufführung.

* **Aus dem Bureau des Thalia-Theaters.** Am Sonnabend, den 3. ds., findet die letzte Wiederholung von M. Haibes „Jugend" (Gastspiel des Meßthaler-Ensemble) statt, während Sonntag die letzte Doppelvorstellung bei einfachen Preisen vorbereitet wird, welche gleichfalls um 7 Uhr beginnen wird.

* **Gestorben** sind in der vergangenen Woche 52 Personen und zwar an: Lues 1, Bauchfellentzündung 1, Lungentuberkulose 5, Unterleibstyphus 1, Rückenmarkserkrankung 1, Lungenödem 2, tuberkulöser Hirnhautentzündung 2, Nierenentzündung 1, Influenza 1, Verbrennung 1, Lungenkatarrh 1, Bronchialkatarrh 1, Gehirnerschütterung 1, Krämpfen 4, Kopfschußverletzung 1, Atrophie 5, chronischer Herzmuskelentartung 1, Hirnblutung 1, Lungenentzündung 6, Magen- und Darmkatarrh 2, Speria bifida Hydrocephalus 1, Darmtuberkulose 1, Gehirnentzündung 1, Knochenfraß 1, Scharlach 1, Lebercarcinom 1, Zuckerharnruhr 1, Bauchdeckeneiterung 1, Herzfehler 1, Pemphigus 1, Blutvergiftung 1, Altersschwäche 1, Herzschwäche 1. — Darunter befinden sich 13 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Zeitz. Im Schulplan fürs nächste Etatsjahr ist auch für die Volksschulen die Anstellung von Schulärzten vorgesehen und zwar soll je ein Arzt an der Knaben- und an der Mädchenschule fungieren. Auswärtige sind dafür für jeden Arzt jährlich 400 Mark. Diese Einrichtung kann nur mit Freuden begrüßt werden, denn es ist entschieden für die Kinder ersprießlich, wenn die Aerzte zur regelmäßigen Prüfung und ärztlichen Beaufsichtung der Schüler, der Schulen und der Schuleinrichtungen da sind. Jedenfalls führt diese Einrichtung auch später zu der Einrichtung von besonderen Klassenzimmern für schwach befähigte Kinder, die zwar schon vom Magistrat verlangt, von den Stadtverordneten aber bisher nicht günstig aufgenommen sind.

Zeitz. Die Ferien der städtischen Schulen sind in diesem Jahre in folgender Weise festgesetzt:

Schulschluß:		Wiederbeginn:
Ostern:	10. April.	24. April.
Pfingsten:	1. Juni	8. Juni.
Sommerferien:	30. Juni	31. Juli.
Herbstferien:	29. September	16. Oktober.
Weihnachten:	22. Dezember	8. Januar 1901.

Zeitz. Bevölkerungsziffer. Am 31. Januar hatte Zeitz 27 681 Einwohner, zukamen im Februar 287, abgingen 198 Personen, mithin mehr 89. Jetziger Bestand 27 770 Personen.

Zeitz. Die Schnellzüge, die jetzt von Berlin aus über Halle-Zeitz-Probstzella-München gehen, werden trotz des neuen D-Zuges Berlin-Großheringen-Probstzella-München beibehalten. So hat der Minister Thielen dem Landtagsabgeordneten Landrat Winckler auf eine Anfrage erklärt.

Naumburg. Milde Strafe. Wegen fahrlässiger Tötung stand der Mühlenbesitzer Maximilian Franke aus Dehlitz vor der hiesigen Strafkammer. In seinem Gehöfte befindet sich eine Dreschmaschine, deren Transmissionswerk an einer versteckten Stelle hinter einer Hausecke liegt. In diesen Winkel war eines Tages der fünfjährige Knabe Bogenhardt getrochen. Die Transmissionswelle hatte ihn erfaßt und einigemal herumgeschleudert und den Schädel zertrümmert. Der Gerichtshof nahm zwar kein strafbares Verschulden des Angeklagten an dem Tode des Kindes an, verurteilte ihn aber wegen Uebertretung der Regierungsordnung vom 12. Dezember 1896 (Offenlassen von beweglichen Maschinenteilen) zu 30 Mark Geldstrafe.

* **Roitzsch.** Deswegen. Vor ca. 14 Tagen meldete der Bertrauensmann der Maurer der hiesigen Zahlstelle einen Ball an. Der Amtsvorsteher verweigerte die Genehmigung desselben. Auf eingelegte Beschwerde beim Landratsamt traf folgendes Schreiben ein:

Kgl. Landratsamt. Bitterfeld, d. 22. Febr. 1900.
J.-Nr. 748 H. Hier (Roitzsch) 24. Febr. 1900.

Auf Ihre unterm 13. d. Mts. hier zu Protokoll gegebene Eingabe gereicht Ihnen hiermit zum Bescheid, daß ich nicht in der Lage bin, auf den Herrn Amtsvorsteher dort wegen nachträglicher Gestattung des am 25. d. Mts. beabsichtigten Ballvergnügens einzuwirken. Zur Unterstützung Ihres Antrags haben Sie angegeben, daß der Ball in der geschlossenen Gesellschaft der dortigen Maurer pp. gefeiert werden soll. Wie die eingeleiteten Ermittelungen ergeben haben, bilden die dortigen Maurer keine geschlossene Gesellschaft. Das beabsichtigte Vergnügen ist daher als eine öffentliche Tanzlustbarkeit anzusehen, wofür die Bestimmungen der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 4. September 1897 maßgebend sind.

Hiernach war der Amtsvorsteher wohl berechtigt, die beabsichtigte Tanzlustbarkeit zu untersagen.

An Der königl. Landrat.
Graf zu Solms.

Roitzsch.

Daß eine Zahlstelle, welche bei der Behörde angemeldet ist und letzterer auch die Mitgliederliste vorgelegt hat, keine geschlossene Gesellschaft bilden soll, ist uns etwas Neues. Unseres Erachtens nach mußte der Landrat das Verbot des Amtsvorstehers aufheben, denn nach der Polizei-Verordnung vom 29. April 1887, § 1, braucht eine geschlossene Gesellschaft **keine Genehmigung.** Es genügt vielmehr die bloße Anmeldung des Vergnügens. — Warum wurde das Vergnügen verboten? Eine Antwort giebt darauf folgende Thatsache. Als der Einberufer der Festlichkeit auf dem Landratsamt vorstellig wurde, um den Grund des Verbotes zu erfahren, erhielt er nach längerem Hin und Her die Antwort: **Die Verbände wachsen wie Pilze aus der Erde."** — Möge es sein, wie es wolle; niemand wird durch Schikanierereien das Emporwachsen der Arbeiterorganisationen verhindern können; im (Gegenteil, die Arbeiter lernen desto eher einsehen, daß sie als Menschen zweiter Klasse angesehen und behandelt werden. — Gegen den landrätlichen Bescheid ist bei der kgl. Regierung zu Merseburg Beschwerde eingereicht worden.

E. **Delitzsch.** Eine Volks-Versammlung findet hier nach langer Zeit wieder einmal statt. Agitiere jeder Arbeiter und Genosse in seinem Bekanntenkreise, damit die Versammlung zahlreich besucht wird. Sie soll gewissermaßen eine Demonstration sein gegen die kürzlich hier vorgenommene Gründung eines Arbeitgeberbundes für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld. Siehe Inserat.

Hettstedt. (Selbstmord.) Gestern hat die Ehefrau des am Scheuberge wohnhaften Formers August Hübner ihrem Leben durch Erhängen ein freiwilliges Ende bereitet. Mutmaßlich ist dieser bedauerliche Abschluß der Frau auf ihre am 4. Januar vor dem hiesigen kgl. Schöffengericht erfolgte Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe zurückzuführen. Die Leiche wurde in der Schlafkammer gefunden.

Stendal. Das Henkerbeil in Thätigkeit. Der Arbeiter Anton Grzegorzewski aus Gethlingen (Altmark), der wegen Ermordung des Arbeiters Aug. Witt aus Osterholz vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, wurde Dienstag früh 7 Uhr durch den Scharfrichter Reindel jun. hingerichtet. Der Gerichtete hat kein Geständnis abgelegt und keine Reue gezeigt.

Torgau. Auch ein Zeichen der Zeit. Bürgerliche Blätter berichten: „Vier Strafgefangene, Leute im Alter von 60 Jahren und darüber, wurden per Wagen von der Lichtenburg nach hier gebracht. Sie haben sich während der Verbüßung ihrer Zuchthausstrafe noch der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht und sollen sich vor der hiesigen Strafkammer deswegen verantworten." Sogar bis ins Zuchthaus erstreckt sich die Demunziantenseuche, ja man kann sagen, sie grassiert hier am meisten. Und aus welchem Grunde werden gerade hier Demunziationen angebracht? Aus den niedrigsten Motiven, aus der gemeinsten Rachsucht. Da sollte man allerdings über derartige Bubenstückchen zur Tagesordnung übergehen. Dem monarchischen Gefühl ist damit kein Dienst erwiesen, wenn die Zuchthäusler nach der Verbüßung ihrer Zuchthausstrafe noch ja und so viel Monate oder auch Jahre im Gefängnis sitzen. Wir haben es doch herzlich weit gebracht. — Inzwischen ist einer von den vier Strafgefangenen wegen der begangenen Kaiserbeleidigung abgeurteilt worden und hat „nur" neun Monate Gefängnis bekommen.

Bernburg. Eine pfiffige Reklame, die allerdings üble Folgen nach sich zog, wendete der Kaufmann Otto K. von hier an, um seinen Kundenkreis zu vergrößern. Er kaufte ein Los der Eisenacher Geldlotterie an und gewährte den Käufern seines Kaffees je 1/100 Anteil aus diesem, indem er auf den Kaffeedüten entsprechende Anteilscheine anbrachte. Auf diese Weise hat er 200 Anteilscheine ausgegeben, bis die Polizeiverwaltung, die durch eine Annonce des K., daß sein Los mit 10 Mk. gezogen sei, Kenntnis erlangt hatte, diesem Vergnügen ein Ende machte. Die hiesige Strafkammer verurteilte K. zu 10 Mk. Geldstrafe event. 1 Tag Gefängnis.

Wiedebach. Eine interessante Mißgeburt wurde von einer Kuh des hiesigen Rittergutes tot zur Welt gebracht. Das Kalb hatte zwei Köpfe mit je zwei Augen und einem Ohr. Ein drittes wohlausgebildetes Ohr hat seinen Platz an der Stelle, an welcher die beiden Köpfe zusammengewachsen waren.

Pißdorf bei Köthen. Arbeiterrisiko. Von einer umstürzenden Lehmwand wurde der Maurerlehrling Hermann Prelle erschlagen. Als man den Lehrling hervorzog, sah man, daß er sehr schwer verletzt war. Er starb denn auch auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Der Hund des Gutsbesitzers, dem das einstürzende Gebäude gehört, wurde auch unter den Trümmern begraben. Als ihn sein Herr hervorziehen wollte, biß er ihn derart in die Hand, daß sich der Gutsbesitzer sofort zum Arzt begeben mußte.

Magdeburg. Eine alte, bewährte Genossin, Maria Thärigen, geb. Hohne, ist am Montag früh in der Sudenburg gestorben. Trotz ihrer langjährigen Krankheit war sie stets auf dem Posten, wenn es galt, für die Partei thätig zu sein.

Erfurt. Selbstmord. Ein gräßlich zugerichteter männlicher Leichnam wurde im Breitstrom in der Nähe der Weidenmühle vorgefunden. Der Tote hatte zahlreiche Schnittwunden am Hals und Vorderarm und hat anscheinend zunächst versucht, sich mit einem Rasiermesser an beiden Stellen die Pulsader zu öffnen, die anderen Verwundungen sind wahrscheinlich durch Hacken mit einem scharfen Instrument hervorgerufen. Als diese Bemühungen, sich das Leben zu nehmen, erfolglos blieben, ist der Lebensmüde in die Gera gegangen und hat durch Ertrinken geendet. Man ist der Meinung, daß es sich um die That eines Geistesgestörten handelt.

Eisleben. Ueber die Sittlichkeitsverhältnisse unter der Mansfelder Bergbeamtenschaft, welche Herr Dr. Arendt so überschwänglich lobte, geht uns folgender Bericht zu. Der Steiger B. in Eisleben war in sittlicher Beziehung so erhaben über andere Sterbliche, daß derselbe sich mit seiner jungen Frau nicht begnügte, sondern wie ein mondscheinsüchtiger Kater nach fremden Genüssen auszing. Sein Weg führte ihn in das reichstreueste Bergmannsdorf Wolferode. Hier war es die Frau des Bergmanns J., welche derselbe mit seinen Gefühlen „beehrte". Aber mit des Geschickes Mächten ist kein fester Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell. Und hier in Gestalt des Ehemanns. Der tapfere Ritter verkroch sich unter das Sofa, aber es half nichts. Die Sache kam vor den Obersteiger und der liebeglühende Steiger wurde abgelegt. Ein zweiter Fall liegt bei einem Fahrsteiger vor. Derselbe hat wiederholt eine Frau, welche gegen Abend Gänge zu besorgen hatte, mit unsittlichen Anträgen belästigt. Die Frau hat sich kolossal geschämt und aus diesem Grunde, weil dieselbe nichts erwidern konnte, hat derselbe wohl den Mut gehabt, die Anträge zu wiederholen. Unseres Erachtens wäre es wohl angebracht gewesen, daß der Ehemann der Frau dem Dreisten eine gehörige Tracht Prügel verabreicht hätte, vielleicht hätte das geholfen. Nun, jedenfalls verklagt der Mann den Lüstling wegen Beleidigung seiner Frau. — Wird sich Herr Dr. Arendt nun wieder so für die Beamtenschaft ins Zeug legen?

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Petersroda wurde am Sonntag bei einem Bergmannskränzchen ein Bergmann von einem Kameraden durch einen Schuß verletzt. — In der Merseburger Papierfabrik von Dietrich fiel dem Arbeiter Nindel ein Ballen Papier auf den rechten Fuß, der stark gequetscht wurde. — Auf der Station Blumenberg bei Wanzleben wurden bei der Räumung der Abortgrube die Ueberreste eines anscheinend neugeborenen Kindes gefunden. Diese waren in ein Tuch eingewickelt. Die Mutter des Kindes ist noch nicht ermittelt. — Bei Schöppenstedt wurde die Leiche der Frau Pape aus Ampleben in einem Bache aufgefunden. Sie ist jedenfalls verunglückt, da am Bache ein sehr steiler Fußweg vorbeiführt. — Die Witwe des Arbeiters Rost in Nebra stieß sich eine Nähnadel in die linke Hand; da die Nadel abbrach, muß sich die R. in die hallesche Klinik aufnehmen lassen.

Aus dem Reiche.

Berlin. Wegen eines Zweikampfes auf Pistolen, der am 22. März vorigen Jahres im Grunewald ausgefochten worden ist, wurde von der ersten Strafkammer des Landgerichts II der Student der Medizin Alex Schrödter aus Reinerz zu drei Monaten Festungshaft verurteilt. Sein Gegner, ein Leutnant, ist anderweitig abgeurteilt worden.

Berlin. Wegen eines Menschenschlags gegen ihren eigenen Mann wurde, wie erst nachträglich bekannt wird, die Frau des Gastwirts Bretzke, Mehnerstraße 6—7, am Montage verhaftet.

Spandau. Wegen des Verdachtes, Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben, sind außer dem Maschinenbauer Seefeld dieser Tage noch die Maler Friedrich, der schon vorbestrafte Maler Westphal und ein 17jähriger Bursche verhaftet worden.

Osnabrück. Aus Furcht vor Strafe hat sich ein Einjähriger vom 78. Regiment erschossen.

München. Vor dem hiesigen Landgericht II (Land) wurde am 21. Februar gegen drei Bauerndienstmädchen aus dem Dachauer Moos wegen Nötigung und Vergehens wider die Sittlichkeit verhandelt. Sie haben auf dem Felde bei der Arbeit einen Dienstknecht überfallen, ihm mit Gewalt die Hose hinabgezogen und Unfug mit ihm getrieben. Der Staatsanwalt hielt die Klage aufrecht, der Verteidiger plaidierte auf Freisprechung, da es sich nur um einen der derben Scherze handle, die in der dortigen Gegend öfters vorkämen. Das Gericht schloß sich dem Antrag des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung. Da ist der „Ländlich, sittlich" einmal in bemerkenswerter Weise Rechnung getragen. Aber die Unschuld auf dem Lande wird durch solche „Scherze", die öfters vorkommen, in eigentümlicher Weise illustriert. Die Frömmigkeit scheint da nicht veredelnd zu wirken. Wir brauchen eben eine lex Heinze, werden die bairischen Zentrumspfaffen bekommen aufzeuzen.

München. Eine unerhörte Leichenschändung wurde vor kurzem in einer kleinen Stadt in der Nähe von Traunstein (Oberbaiern) verübt. Ein Totengräber hatte ein Grab für eine Frauenleiche auszuschaufeln. Bei der Einsegnung durch die Geistlichkeit stellte sich heraus, daß die Grube zu klein war. Trotzdem ging die Zeremonie vor sich. Der Totengräber sollte später das Grab entsprechend erweitern. Um sich diese Arbeit zu ersparen, hackte zuerst der Mann den Sarg ab, um ihn verkürzt unter die Erde zu bringen. Als das nichts half, griff der Totengräber zum Spaten und schlug der Leiche den Kopf ab. Der Mann wurde vom Dienste enthoben und die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit dem Fall.

Vermischtes.

* **Explosion auf einem Schiffe.** Auf einem nach London bestimmten französischen Postdampfer fand eine Rohrexplosion statt. Sechs Heizer wurden getötet, vier schwer verletzt.

* **Oberbürgermeister Kirschner** ist nach der seitens der Stadt Berlin erfolgten Repräsentation durch Erlaß des Kaisers vom 12. Februar ins Herrenhaus berufen worden.

* **Attentat.** In Venezuela wurde auf den Präsidenten Castro ein Attentat verübt. Es fielen zwei Schüsse. Der Präsident blieb unverletzt.

* **Der Reichstagsabg. Reichert,** Mitglied der Zentrumspartei, hat in Baden-Baden nach eben überstandener Krankheit einen Oberschenkelbruch erlitten, der mit Rücksicht auf das Alter (70 Jahre) nicht ohne Bedenken ist.

* **Die Verkehrsbeschränkungen** auf den sächsischen Staatsbahnen werden, wie in Dresden am Mittwoch bekannt gegeben wurde, vom Sonnabend, 3. März, ab wieder aufgehoben.

Briefkasten der Redaktion.

Newyork (City). Die alte Geschichte. Erst unterschreiben und dann nicht mehr weiterzahlen. Setzen Sie sich in Güte mit der Versicherung auseinander, denn sie hat unbedingt das Recht, Sie auszuspänden zu lassen.

O. R. 100. 1. Ja. 2. In der Volksbuchhandlung in Halle, Rannischestraße. 3. Da ein Protest gegen die Wahl Bauermeisters nicht eingereicht wurde, kann von einer Gültigkeitserklärung durch den Reichstag keine Rede sein. 4. Gleichfalls in der Volksbuchhandlung. Der Preis ist uns unbekannt. — Die Anfragen sind uns zum erstenmale zugegangen, ihr angeblich früher geschriebener Brief ist nicht in unsere Hände gelangt.

Fr. B. Wir erachten es nicht als unsere Aufgabe, Ratschläge zu geben, wie man sich am besten von der Alimentenzahlung drücken kann. Wir lehnen deshalb die Beantwortung Ihrer Frage ab.

O. R., Merseburgerstraße. 1. Das Arbeitersekretariat giebt Auskunft allen Personen, ganz gleich welchen Standes. 2. Der Brief ist vor Gericht nicht beweiskräftig. Sie müssen sich eine schriftliche Bescheinigung darüber ausstellen und diese mit dem Stempel versehen lassen.

Saale-Zeitung. Es war fast überflüssig, noch einmal einen Beweis dafür zu erbringen, daß Sie sich Ihrer Stellung als Büttel des Unternehmertums wohl bewußt sind. Die Thatsache ist bekannt genug. Ihre blöden Ausfälle zeigen nur, wie gut unsere Hiebe gesessen haben.

Nachtrag.

Aus dem Keuschberger Revier geht uns bei Redaktionsschluß die telegraphische Mitteilung zu, daß die Belegschaften der Gruben 262 und 263 bei Kötschau die Arbeit geschlossen eingestellt haben, weil die Bewilligung der Forderungen abgelehnt worden ist.

Pflicht jedes denkenden Arbeiters ist es, seiner gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weitzmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0003

Delitzsch.

Sonntag den 4. März 1900 nachmittags 5 Uhr im „Lindenhof"
(früher Frödes Gasthaus)

große öffentliche

Volksversammlung.

Tagesordnung: Politische und wirtschaftliche Ausblicke und die Stellungnahme der Arbeiterschaft.
Referent: Genosse **A. Weissmann**, Halle.
Alle Freunde und Genossen von Delitzsch und Umgegend ladet hiermit ergebenst ein **Der Einberufer.**

Achtung! Zeitz. Achtung!

Sonntag den 4. März nachmittags 3 Uhr im Heiteren Blick

öffentl. Bergarbeiterversammlung.

Tagesordnung: 1. Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlen-Revier. 2. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Bröditz.

Sonntag d. 4. März abds. 7 Uhr im Lokale des Herrn Bock zu Bröditz

öffentl. Bergarbeiterversammlung.

Tagesordnung: 1. Der Streik im mitteldeutschen Braukohlenrevier. 2. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Bergarbeiter! Zahlstelle Luckenau.

Sonntag den 4. März nachmittags 3 Uhr im Gasthof „Glück auf" zu Streckau

Versammlung.

Tagesordnung: Wahl eines Vertrauensmannes. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Verein der Bergleute der Grube Hermine-Henriette.

Sonntag den 4. März nachm. 3 Uhr im Vereinslokal „Dreierhaus"

ausserordentl. Generalversammlung.

Der Vorstand.

Achtung! Glaser. Achtung!

Sonntag den 4. März vormittags ½11 Uhr im „Englischen Hof", Großer Berlin,

öffentliche Glaserversammlung.

Die wichtige Tagesordnung erfordert zahlreiches und pünktliches Erscheinen jedes Kollegen. **Der Einberufer.**

Sämtliche

Vorsitzende der Gesellenausschüsse

werden am Freitag abend 8 Uhr zu einer

wichtigen Besprechung

im Händelpark bei Grothe betreffs

Wahl der Mitglieder zur Handwerkskammer

eingeladen. **Degenkolbe.**

Steinsetzer.

Sonntag den 4. März nachmittags ½4 Uhr im „Händelpark"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Unterstützungs- (Sterbe-Zuschuß-) Kasse. 3. Lokalfrage. 4. Verschiedenes.
Betreffs Punkt 2 macht es sich notwendig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen und ihre Mitgliedsbücher mitbringen. **Der Vorstand.**

Kesselschmiede.

Sonnabend den 3. März abends 8½ Uhr in der „Moritzburg"

Versammlung.

Tagesordnung: Gründung einer Sektion der Kesselschmiede im Deutschen Metallarbeiter-Verband zu Halle a. S.
Wir ersuchen die Werkstattkassierer die Kollegen zu veranlassen, bis Sonnabend den 3. März ihre Beiträge zu entrichten wegen Abrechnung mit dem Hauptkassierer. — Auch werden Kollegen, welche dem Verband beitreten wollen, aufgenommen. — Die geliehenen Bücher sind Sonnabend abzuliefern.
Die Liquidationskommission der Kesselschmiede und Hilfsarbeiter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sektion der Klempner.

Sonnabend den 3. März abends 8 Uhr in den drei Königen

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Zahlung der Beiträge. 2. Vortrag: „Der Darwinismus und der Mensch. Referent: Herr **A. Weissmann.** 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfs-Arbeiter und Arbeiterinnen. Zahlstelle Halle a. S.

Sonnabend den 3. März abends 8½ Uhr bei Kautzsch, Martinsberg 6,

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeitersekretärs **Güldenberg** über: das Invalidenversicherungsgesetz. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nötig.
Die Bevollmächtigten.

Gast- u. Logierhaus „Stadt Einbeck",

Franckestrasse 18.

Sonntag den 4. März 1900

großer humoristischer Familienabend.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Franz Lehmann.**

Konsum-Verein f. Giebichenstein u. Umgeg.

E. G. m. b. H.

Außerordentliche General-Versammlung

am 6. März abends 8 Uhr im Burgtheater, Hohestraße.

Tagesordnung: 1. Bericht über die stattgefundene Revision. 2. Statuten-Aenderung. 3. Antrag der Lagerhalter: Aufhebung des Beschlusses der Verwaltung betr. Erhöhung der Kautionen. 4. Errichtung einer 2. Verkaufsstelle in Giebichenstein. 5. Anträge der Mitglieder: a. Antrag des Genossen Koch-Kröllwitz: Aufhebung des Beschlusses der Generalversammlung vom 28. November 1899 betr. Bewilligung von 700 Mark Mankogeld an Gerig. b. Antrag des Genossen Gerig-Giebichenstein: Das im ersten Vierteljahre des Geschäftsjahres 1898/99 entstandene Defizit zu streichen.
Der Vorstand. 6. Gerig. R. Schulze.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Sektion d. Modelltischlern u. Holzarbeiterd. Maschinenfabriken in Halle a. S.

Sonnabend den 3. März 1900 abends ½9 Uhr im Restaurant **„Händelpark"**

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Das Resultat unserer Lohnforderung. 2. Lokalfrage. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Zeitz.

Sonnabend den 3. März 1900 abends 8½ Uhr bei Meinecks

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vortrag über: Die Unfallgesetzgebung. Anträge zum Verbandstag. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verein d. Milchhändl.

Montag den 5. März abends 6 Uhr im „Reichskanzler"

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Berichte rc. Der Vorstand.

Gasth. „Glückauf", Streckau.

Zu den am Sonntag den 4. März stattfindenden

Turner-Ball

ladet ganz ergebenst ein
Julius Dornblut.

NB. Sonnabend u. Sonntag **Bockbier-Fest.** ff. Bockwürstchen u. Speckkuchen. **D. O.**

Weissenfels.

Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung".

Sonnabend den 3. März 1900 von abends 7 Uhr ab im Restaur. **„Zentralhalle"**

Familien-Abend.

Der Vorstand.

Konfirmations-Geschenke!

Gesangbücher,
Gedenkbücher,
Konfirmationskarten,
Religiöse Glasbilder,
Poesie-Albums,
Tagebücher,
Kochrezeptbücher,
Postkarten-Albums,
Briefmarken-Albums,
Briefmappen,
Brief-Kassetten
in II. Packungen,
Promenaden- und Damentäschchen,
Portemonnaies,
Zigarrenetuis,
Pompadours,
Damen-Näh-Necessaires,
Kassetten f. Damenschmuck,
Elegante Handschuhkasten,
Photographie-Albums,
Richtig geh. Taschenuhren
für Herren 3 und 5 Mark.
Kleine Damenuhren
5 Mk. pro Stück
in größter Auswahl.

Albin Hentze,

24 Schmeerstraße 24.

Karings Restaurant,

Raffineriestraße 5.
Sonnabend den 3. März

gr. Schlachtefest.

Früh 9 Uhr:
Wellfleisch.
Abends: **Div. Wurst und Suppe.**
Hierzu ladet freundl. ein D. D.

Allgemeiner Konsumverein zu Dölau.

E. G. m. b. H.

Die Fortsetzung der ordentlichen General-Versammlung vom 11. Februar findet Sonntag den 11. März nachmittags 2½ Uhr im Wendischen Lokale statt.

Tagesordnung: Geschäftliches.
Ersatzwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder.

Dölau, den 2. März 1900.
Der Aufsichtsrat des Allgem. Konsumvereins zu Dölau b. Halle a. S.
E. G. m. b. H.
W. Beyer, Vorsitzender.

Freireligiöse Gemeinde Weissenfels

Sonntag den 18. März abends 8½ Uhr

Vortrag

des Herrn **J. Kippenberger,** Leipzig.
Thema: Kampf und Kämpfe für geistige Befreiung.
Gäste sind willkommen!

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse f. Arbeiter aller Berufe.

Zahlstelle Halle. • Sitz Meissen.

Zu unserem, am **Sonntag den 4. März** stattfindenden

Kränzchen

im **Glauchaischen Schützenhaus** ladet freundlichst ein
Anfang 4 Uhr. **Die Ortsverwaltung.**

Polnisch. Arbeiterverein „Brüderliche Hilfe".

Sonntag den 4. März von 4 Uhr an im Letzten Dreier

Kränzchen.

Der Vorstand.

Ohne Karte kein Zutritt.

---

1. Turn- u. Athletenklub „Adler".

Gegr. 1895. Gegr. 1895.

Sonnabend den 3. März

V. Stiftungs-Fest

unter Mitwirkung des beliebten Komikers Herrn **O. Schirm** im Konzerthaus, Barfstraße 14. Anfang abends 8 Uhr.
Alles Nähere im Programm ersichtlich.
Nur Gäste durch Mitglieder eingeführt haben Zutritt.
Der Vorstand. G. Hoffmann, 1. Vorsitzender.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Bitterfeld.

Sonntag den 4. März abends 7 Uhr in Oelzners Lokal, Bitterfeld,

Kappen-Ball.

Abends von 8½—9½ Uhr: **Narrenstunde.**
Maskenkarten sind zu haben bei allen Bevollmächtigten, sowie bei Gust Hettenhausen, Halleschestr. 10, Bäckermeister G. Dietze, Sommerstraße.

Konsumverein Trotha.

Zu unserm am **Sonnabend abends in der Sachsenburg** stattfindenden

BALL

ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Staunend billig!

Empfehle in größter Auswahl:

Herren-Jackett-Anzüge in dauerhaften Stoffen	von ℳ	10.— an.
Herren-Jackett-Anzüge in Kammgarn u. Cheviot	„ „	12.— „
Herren-Jackett-Anzüge in eleganten Modefarben	„ „	10.— „
Herren-Rock-Anzüge in Kammgarn 1- u. 2reihig	„ „	16.— „
Eleg. Hosen in den modernsten Stoffen u. Mustern	„ „	3.— „
Eleg. Burschen- u. Knaben-Anzüge in all. Stoffen	„ „	3.— „

Konfirmanden-Anzüge

in dunkel gemusterten Stoffen	von ℳ 8.— an,
in schwarzem sowie blauem Cheviot, sehr fein	„ „ 10.— „
in schwarzem Kammgarn, hochfein	„ „ 14.— „
Schwere Lederhosen v. 3 ℳ an.	Arbeitsjacketts v. 3 ℳ an.
Drei Draht-Lederhosen v. 4.50 an.	Westen, Leibhosen v. 1 ℳ. an.
Gefreifte Lederhosen v. 2 ℳ an.	Flanell u. Kallmukjacken 3 ℳ an.
Zwirn-, Kassinet- und Halbleinen-Hosen v. 1.50 ℳ. an.	Zwirn-Anzüge v. 1.75 ℳ an.
Manchesterhosen v. 3 ℳ an.	Monteur-Anzüge v. 3 ℳ an.

Gustav Reinsch, Marktplatz, im Roten Turm, gegenüber der Hirschapotheke.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 52 — Halle a. S., Sonnabend den 3 März 1900 — 11. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

156. Sitzung.
Mittwoch, den 28. Februar 1900. 1 Uhr.
(Schluß aus gestriger Nummer.)

Es folgt die erste Beratung des Antrages Küchly u. Gen. (Elsässer) betr. die Neuregelung der

Wahlen zum elsaß-lothringischen Landesausschuß.

Abg. **Winterer** (Els.): Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen besteht heute aus Abgeordneten der Bezirkstage, der vier größeren Städte und der Landkreise, die teils durch Gemeinderäte, teils durch Wahlmänner gewählt werden. Eine auf so komplizierte Weise gebildete Körperschaft kann natürlich nicht vom Volke als seine Vertretung angesehen werden. Es wird nur heilsam wirken, wenn durch Einführung der allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlen einige oppositionelle Abgeordnete in den Ausschuß gelangen. Ich hoffe, daß der Reichstag unseren Antrag wieder, wie schon einmal, mit großer Mehrheit annehmen wird.

Abg. **Büsing** (natl.) erklärt, er habe zwar für die Aufhebung des Diktaturparagraphen gestimmt, aber müsse gegen den vorliegenden Antrag Stellung nehmen, weil derselbe nur den reichsfeindlichen Elementen in Elsaß-Lothringen zu gute kommen werde.

Abg. **Küchly** (Els.) empfiehlt den Antrag. Trotz aller Maßregeln, die man anwende, werde sich die Idee des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auch in Elsaß-Lothringen Bahn brechen.

Abg. **Gröber** (Zentr.) bedauert die Stellungnahme der nationalliberalen Partei und wundert sich, wie ein auf Grund des direkten Wahlrechts gewählter Abgeordneter sich für das indirekte Wahlrecht aussprechen könne, dessen Verwerflichkeit schon Fürst Bismarck richtig gekennzeichnet habe. Besser noch keine, als eine Scheinvolksvertretung. Das Zentrum werde, trotz einiger Bedenken, die sich auf Einzelheiten beziehen, für den Antrag stimmen.

Abg. **Bebel** (Soz.): Die Nationalliberalen haben auch bei anderen Gelegenheiten sich nicht als die warmen Freunde des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bewiesen, für die Herr Groeber sie zu halten scheint. Dagegen stimme ich mit ihm darin durchaus überein, daß selbst keine Volksvertretung besser ist als eine Scheinvertretung. Wenn Herr Büsing von den direkten Wahlen zum Landesausschusse neue Beunruhigungen fürchtet, so müßte er konsequenterweise die Einführung des indirekten Wahlsystems auch für die elsaß-lothringischen Reichstagswahlen fordern. Außerdem erreut sich Elsaß-Lothringen noch aus französischer Zeit her des allgemeinen, direkten und zensusfreien Kommunalwahlrechts. — Die Haltung des Abg. Büsing gegenüber dem Landesausschuß-Wahlsystem steht in Widerspruch zu seiner Haltung gegenüber dem Diktaturparagraphen, den er doch aufheben will, weil er eine deutschfeindliche Gefahr nicht vorliegend erachtet. In der That liegt auch eine solche nicht vor. — Es ist ein alter Fehler der deutschen Regierung, daß sie selbst dem Volke mißtraut, dagegen Vertrauen von diesem fordert. An dieser veralteten Anschauung scheint die Regierung leider auch Elsaß-Lothringen gegenüber festhalten zu wollen. Wir stimmen im Interesse der Gerechtigkeit wie der reichsländischen Bevölkerung selbstredend für den Antrag Küchly. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Bargmann** (Freis. Volksp.) tritt für den Antrag Küchly ein. Es liege kein Grund vor, Elsaß-Lothringen unter eine Ausnahme-Bestimmung zu stellen.

Nach einem Schlußwort des Abg. **Delsor** (Els.) als Mitantragsteller wird der Antrag in erster Lesung und sodann — ohne Debatte — in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Nunmehr wird die gestern abgebrochene Debatte über die Petition betr.

die kommunale Besteuerung der Konsumvereine

fortgesetzt.

Abg. **Bebel** (Soz.): Nach der gestrigen Behauptung des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten ist in der Verordnung betr. die Besteuerung der Konsumvereine ausdrücklich darauf hingewiesen, man solle mit großer Vorsicht verfahren und die Steuer auf sämtliche großkapitalistische Vereinigungen ausdehnen. Das mag richtig sein. Thatsächlich aber hört man nur von der Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine. Es ist übrigens charakteristisch, daß Konsumvereine, die aus Arbeitern und kleinen Beamten bestehen, mit großkapitalistischen Vereinigungen zusammengeworfen werden. Die letzteren zur Steuer heranzuziehen, haben sich die Kommunen erst auf Betreiben der Regierung veranlaßt gesehen; davon wirklich getroffen werden sie noch heute nicht. Auch hat man meiner Kenntnis nach die Besteuerung noch nicht auf die Beamten- und Offizierskonsumvereine ausgedehnt, sondern sie auf die Arbeiterkonsumvereine beschränkt. — Wie kann die Regierung zu einem solchen Vorgehen ihre Zustimmung geben, sie, die doch das ländliche Genossenschaftswesen unterstützt, das mindestens ebenso, wie die Konsumvereine, den gewerblichen Mittelstand schädigt? Die ländlichen Genossenschaften beschränken sich nicht mehr auf den Ein- und Verkauf von Düngemitteln, Sämereien, Maschinen u. s. w., sondern dehnen ihre Thätigkeit auf alle möglichen Gebiete aus. Herr Dr. Oertel sagt, er betrachtet die ländlichen Genossenschaften nicht als Allheilmittel; das stimmt; aber als eines der sogen. „kleinen Mittel" sind sie ihm schon ganz genehm. Diese ländlichen Genossenschaften thun den Verkäufern in kleinen und mittleren Städten großen Schaden; sie verkaufen Kaffee, Thee, Zigarren, Wein u. s. w. Dieses Vorgehen hat denn auch nicht verfehlt, in den Kreisen der Kleinhändler große Erregung hervorzurufen. Aber von einer besonderen Besteuerung dieser Genossenschaften hört man nichts; im Gegenteil: der Staat unterstützt sie noch materiell. Um so mehr gewinnt dadurch das Vorgehen gegen die Arbeiter-Konsumvereine den Charakter einer Ausnahmegesetzgebung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe schon darauf hingewiesen, wie sehr sich die Anschauungen über die Konsumvereine geändert haben. Zu Lassalles Zeit wurden die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Gerade von bürgerlicher Seite wurden damas die Konsumvereine als Allheilmittel gepriesen. Jetzt dagegen wird gegen derartige Bestrebungen Front gemacht, die doch mit der Sozialdemokratie als solcher nichts zu thun haben. Niemals hat sich unsere Partei mit den Konsumvereinen identifiziert; noch der letzte Parteitag hat wieder und zwar auf meinen Antrag erklärt, daß wir den Konsumvereinen sympathisch gegenüberstehen, aber keine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter von ihnen erwarten.

Noch etwas haben bedauerlicherweise die Regierung und die Herren, die im preußischen Abgeordnetenhause für die Warenhaussteuer eintreten, außer acht gelassen. — Herr Oertel hat auf meine Rede Bezug genommen, in der ich den Rückgang des Handelsstandes konstatiert haben soll. Dieser angebliche Rückgang wird nun auf die Konsumvereine zurückgeführt. Ich habe aber in meiner Rede, die Dr. Oertel anzog, gar nicht vom Handel, sondern vom Gewerbe gesprochen. Im Handel hat keine Abnahme, sondern eine Zunahme der Betriebe stattgefunden, weil eine Anzahl kleiner Existenzen, die aus dem Gewerbebetriebe durch übermäßige Konkurrenz herausgedrängt wurden sind, im Handel eine Zufluchtsort gesucht haben. In Sachsen speziell ist diese Zunahme noch stärker gewesen, als im übrigen Deutschland, wie Sie daraus ersehen mögen, daß dort im Jahre 1882 auf je 194 Einwohner, im Jahre 1895 aber bereits auf je 115 Einwohner ein Handelsbetrieb kam. Diese kolossale Ueberfüllung und nicht etwa die Konsumgenossenschaften sind der Grund der Not der kleinen Handeltreibenden. Dieselbe wird daher nicht durch die Drangalierung der Konsumvereine beseitigt; die Umsatzsteuer wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen.

Herr Dr. Oertel sprach gestern von sächsischen Konsumvereinen, die 14, 16, 18 Prozent Dividende geben; er vergaß zu erwähnen, wie viele weniger geben. Der durchschnittliche Gewinn der Konsumvereine beträgt nicht über 10 Prozent. Nun sagt man, wenn ein Konsumverein 14 Prozent Dividende zahlen kann, so kann er auch 2 Prozent Steuer zahlen. Dabei vergißt man erstens, daß der Reingewinn nicht in die Taschen einer kleinen Anzahl von Aktionären fließt, sondern sich auf Tausende von Mitgliedern verteilt, zweitens, daß die Steuer auf den Umsatz und nicht auf den Reingewinn gelegt wird, und schließlich drittens, daß der Konsumverein nebenbei noch 4 Prozent Staatssteuer nebst einem vielleicht noch höheren Kommunalzuschlag zu bezahlen hat. So kommt es, daß ein Konsumverein mit 1 Million Umsatz ca. 28 bis 29 000 Mk. Steuern zu zahlen hat, während eine Aktiengesellschaft mit entsprechendem Umsatz nur 8 bis 9 000 Mk. zu zahlen hat.

Die Konsumvereine werden schon so hoch besteuert, während doch ihre Mitglieder wahrlich keine Kapitalisten sind. Der kleine Mann, der dem Konsumverein beitritt, um bessere Ware zu erhalten, und sich außerdem mit auf die kleine Dividende zu Weihnachten freut, muß davon eine Steuer von 20 bis 25 Proz. bezahlen, der Kapitalist mit 100 000 Mark Einkommen zahlt nur 5⅓ Prozent Einkommensteuer. Dabei schrieb die Kölnische Zeitung bei der Einführung der Einkommensteuer seiner Zeit, daß man, wenn in dieser Weise Vermögenskonfiskation getrieben werde, genötigt sein werde, seine monarchische Gesinnung zu revidiren. Den Arbeitern soll aber der kleine Ertragewinn, den sie sich durch ihre Intelligenz und Arbeitskraft erworben haben, ruhig konfisziert werden, das kümmert die Herren nicht. — Was wird schließlich die Folge dieser Umsatzsteuer sein? Sie werden die Besteuerung auf die Großbetriebe überhaupt ausdehnen müssen, wie es Herr Gamp ja auch im Abgeordnetenhause ausführte. Auch der Droschkenkutscher wird durch den elektrischen Betrieb geschädigt, durch die Einführung einer großen Möbelfabrik werden stets 10 bis 12 Schreiner zu Grunde gehen. Haben diese nicht dasselbe Recht auf Existenz wie die Kleinhändler. Sie kommen schließlich zu der Konsequenz, die ganze Gewerbefreiheit aufheben zu müssen. Das Vorgehen der sächsischen Regierung ist also ganz unsinnig, doch auf eine Dummheit mehr kommt es dieser Regierung wohl nicht mehr an. (Heiterkeit und lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Gröber** (Centr.): Früher rechnete man die Konsumvereine nicht unter die Gewerbebetriebe. Jetzt ist man allgemein der Ansicht, daß diese Vereine Gewerbebetriebe mit der Absicht der Gewinnerzielung sind. Daß die Umsatzsteuer in Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung steht, ist also eine irrige Anschauung. Wir werden daher für den Uebergang zur Tagesordnung stimmen.

Abg. **Dr. Oertel** (kons.): Gegen Konsumvereine, die Kaffee, Thee u. s. w. verkaufen, sind wir auch. Der Bund der Landwirte unterstützt solche Genossenschaften nicht. — Wenn die Kommunen nur die Konsumvereine heraussuchten und die Großbetriebe und Aktiengesellschaften unbehelligt ließen, so würde ich das auch für ungerecht halten. Diese Großbetriebe müssen ebenso getroffen werden, wie die großen Offizier- und Beamtenkonsumvereine. Der Mittelstand muß erhalten werden, sonst kann uns auch eine große Flotte mit acht oder zehn Geschwadern nichts nützen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Raab** (Antisemit): Die Umsatzsteuer liegt im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes. Daß die Sozialdemokraten verächtlich von Mittelstandsretterei sprechen, ist von ihrem Standpunkt aus nur konsequent. Wenn wir für die Erhaltung des Mittelstandes etwas thun, wird er ein festes Bollwerk gegen den Umsturz werden. Die Konsumvereine haben nach gewisser Richtung hin ihre volkswirtschaftliche Berechtigung, aber im allgemeinen kauft man in besseren selbständigen Geschäften mindestens ebenso gut. Es wird oft über schlechtes Gewicht in den Konsumvereinen geklagt und billiger verkaufen sie auch nicht.

In den Konsumvereinen wird die Ware in größeren Mengen eingekauft und eine Hausfrau wirtschaftet mit größeren Mengen leichtsinniger als mit kleinen. Die Sozialdemokratie sieht in den Konsumvereinen wirtschaftliche Machtfaktoren. Erst soll der Konsum organisiert werden, dann die Produktion. Wir wollen dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Bäume der Konsumgenossenschaften nicht in den Himmel wachsen. (Beifall rechts.)

Abg. **Wurm** (Sozd.): Die Rechenkunst des Herrn Dr. Oertel steht auf sehr schwachen Füßen. Er weiß noch nicht, daß, wenn in einem Betrieb die Dividende sich von 10 Prozent auf acht Prozent verringert, dies ein Unterschied von 20 Prozent des Gewinnergebnisses ist. Aus den Ziffern, die heute mein Freund Bebel gegeben hat, erhellt, daß im Handel allein die Zahl der selbstständigen Existenzen sich vermehrt hat. Herr Oertel meinte, der Großgrundbesitz verzinse sich meist nur mit 2 Prozent. Ich glaube, die Herren, die Herr Oertel hier vertritt, würden sich sehr dagegen wehren, wenn man sie mit zwei Prozent expropriieren wollte. — Ich kann aktenmäßig nachweisen, daß die sächsische Regierung bei der Verordnung der Umsatzsteuer nicht gerecht vorgegangen ist, daß wirklich nur die Konsumvereine besteuert werden. So sind in Burgstedt 2 Geschäfte, in Krimmitschau 5 Geschäfte steuerfrei geblieben. Wir geben zu, daß der großkapitalistische Betrieb den Kleinbetrieb aufsaugt. Gerade deswegen sind wir Sozialdemokraten. Wir konstatieren nur die Thatsache der Entwickelung, denn in das großkapitalistische Getriebe einzugreifen, haben wir leider keine Macht. Die Konsumvereine sind entstanden, um den Zwischenhandel, so weit er überflüssig ist, zu eliminieren. Wir wollen ihn nicht künstlich erhalten, da er ja nur der Konsumenten wegen da ist, nicht umgekehrt. Die Konsumgenossenschaft in Hamburg ist ganz jungen Datums, an ihr kann der von Herrn Raab behauptete Rückgang der selbstständigen Geschäfte in Hamburg nicht liegen. In Leipzig, wo der größte Konsumverein besteht, ist die Zahl der selbstständigen Geschäfte noch gewachsen. Wir halten die neue Steuer für geeignet, die Konsumvereine völlig zu erdrosseln, und dieser Effekt wird wohl auch von den Mittelstandsrettern gewünscht. Geschädigt werden nur die armen Arbeiter, und diese werden sich dafür bei den Wahlen bedanken. (Sehr richtig! links.) Es giebt ja auch in Sachsen Kommunen, die auf diese Steuer verzichten. Aber die Konservativen wollen ja im sächsischen Landtage auf eine Staatssteuer hinwirken. Dann wird auch der Dresdener Konsumverein getroffen werden. Die sächsische Regierung verwendet eben zweierlei Recht: Das schlechte für die Arbeiter, das gute für die Besitzenden. (Beif. bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht und Gen. (Sozd.) auf Ueberweisung der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung wird abgelehnt. Der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Eine weitere Petition verlangt Besteuerung des Trinkbranntweins. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. **Bindewald** (Antis.): Daß man mit der einseitigen Besteuerung des Branntweins die Trunksucht aus der Welt schaffen will, ist mir unerfindlich. In manchen Fällen ist der Schnaps gar nicht zu ersetzen. Z. B. können die Landarbeiter, die in der glühenden Hitze auf dem Felde zu arbeiten haben, ohne Schnaps gar nicht auskommen. Warum will man nicht in gleicher Weise den Champagner besteuern? Wir verlangen, den Schutz der kleinen Leute zu beobachten, und beantragen daher, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Das Haus beschließt diesem Antrag gemäß. Der Kommissionsantrag wird mit großer Majorität abgelehnt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat des auswärtigen Amts.)

Schluß 5¼ Uhr.

Zur Konfirmation

empfehle ich mein reichhaltiges Lager in:

schwarzen und farbigen Kleiderstoffen.

Durch Einkauf mehrerer Tausend Meter schwarzer und farbiger Kleiderstoffe, Lagerbestände der ersten Fabrikanten Deutschlands, sind wir in der Lage, reinwollene Qualitäten zu billigen Preisen verkaufen zu können.

Mehrere Hundert Konfirmanden-Kragen u. Jacketts	Konfirmanden-Velour-Röcke mit Languette	Konfirmanden weisse Röcke mit bester Stickerei	Konfirmanden-Korsetts in grosser Auswahl	Konfirmanden-Handschuhe Taschentücher, Kleider-Rüschen, Schuh-Waren.
150, 280, 300, 450, 500 Pf.	100, 120, 180, 250 Pf.	von 90 Pf. bis zu den elegantesten.	von 70, 90, 100, 150 Pf.	

Die Auswahl in sämtlichen Artikeln ist überraschend groß. Es gelangen in meinem Geschäft nur durchaus gediegene, solide Waren zum Verkauf. Durch den großen Umsatz sind stets moderne, neue Sachen am Lager. Wer daher

Konfirmanden-Ausstattungen zu kaufen hat,

besuche zuerst das Kaufhaus H. Elkan.

Kaufhaus grössten Stils. H. ELKAN, Halle a. S., Leipzigerstraße 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0005

157. Sitzung. Donnerstag, den 1. März. 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Bülow.

Auf der Tagesordnung steht die 2. Beratung des Etats für das

Auswärtige Amt

(Berichterstatter: Prinz v Arenberg).

Die Beratung beginnt mit den „Fortdauernden Ausgaben", Titel: Staatssekretär.

Abg. Dr. **Graduauer** (Soz.): Ich möchte mir gestatten, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, in der die Reichsregierung eine eigenartige Rolle gespielt hat; die Stellungnahme der Regierung zur internationalen Haager Friedenskonferenz. Als der Herr Staatssekretär im vorigen Jahre in seiner Rede für die Flottenvorlage die internationalen Beziehungen der Staatenwelt schilderte, hat er ein düsteres Bild entworfen von der Vermehrung der Reibungsfläche und gemeint, dadurch werde die Kunst des Diplomaten in höherem Grade in Anspruch genommen. Die Haager Konferenz, die die Arbeit der Diplomaten wesentlich erleichtern sollte, hat er gar nicht erwähnt. Darüber muß man sich sehr wundern, denn die Konferenz ist ein Novum in der Geschichte. Diesmal waren nicht nur aus Europa, sondern auch aus Amerika und Asien Delegierte der Mächte zusammengekommen. Sollte der Staatssekretär deshalb nicht auf die Angelegenheit zu sprechen gekommen sein, weil er die Konferenz für völlig bedeutungslos hält? Ich will mich darauf beschränken, das der eigentlichen Zielen der Konferenz durchaus abträgliche Verhalten unserer Regierung ein wenig zu beleuchten. Es gab Leute, die blickten mit großen Erwartungen auf die Konferenz, andere hatten große Zweifel, noch andere, und dazu gehört meine Partei, glaubten, die Konferenz habe einen starken Stich ins Komödiantenhafte. Leider verhandelte die Konferenz hinter verschlossenen Thüren. Das ist um so auffälliger, als es sich nicht um aktuelle Fragen der Politik, sondern um allgemeine Fragen des Völkerrechtes handelte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Mit der ganzen Entwicklung des Zeitungswesens ist das Interesse der Bevölkerung gewachsen, von den auswärtigen Angelegenheiten der Staaten Kenntnis zu erlangen. Aber man hat nicht einmal die Ergebnisse der Konferenz der Oeffentlichkeit mitgeteilt. Allerdings sind ja die Ergebnisse der Konferenz derartig, daß sich das Auswärtige Amt vielleicht geschämt hat, sie der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Es handelt sich einmal um die sogenannte Humanisierung des Kriegswesens, die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg. Den Hauptkernpunkt bildet die Frage der Abrüstung, ob nicht durch internationale Vereinbarungen die Kriege vermindert und schließlich ganz beseitigt werden könnten. Nun ist eine Konvention zu stande gekommen, von der alles seitens des deutschen Reichs schon in Anwendung gekommen ist. Andererseits soll Oberst Schwarzkoppen mehr als einmal nützliche Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt haben. Da wäre es interessant zu erfahren, was für Gesichtspunkte dies gewesen sind. Man spricht viel von der Humanisierung des Krieges. Dabei hat die Entwicklung der Technik die Verwüstungen im Kriege viel bösartiger gemacht als bisher. Wenn die Frage des Schiedsgerichtswesens gut zur Sprache gebracht wäre, dann hätte thatsächlich im Sinne des Manifestes des Zaren gewirkt werden können. Ein Fortschritt ist erzielt, indem ein geordnetes Verfahren eingeführt ist. Es ist eine Liste aufgestellt von Schiedsrichtern, die sofort in Funktion treten können. Aber nach einer Klausel soll das Schiedsgerichtsverfahren nur eintreten können, wenn es der betreffende Staat mit seiner Ehre und seinen Interessen für vereinbar hält; also nur eine scheinbare Verbesserung.

Ich erinnere daran, wie sich die Sache entwickelt hat. Im Januar vorigen Jahres hat der russische Minister das Programm des Kongresses aufgestellt, in dem der Gedanke der Abrüstung eine Hauptrolle spielte. Darnach war die russische Regierung der Meinung, daß man schon jetzt an einen Ideenaustausch herantreten könne, um den stets zunehmenden Rüstungen ein Ziel zu setzen; auch sollte eine vorläufige Untersuchung angestellt werden über die Wege, mit denen sich eine Verminderung der Streitkräfte herbeiführen läßt. Ein Vergleich der Absicht des Zaren mit dem Ergebnis der Konferenz ergiebt, daß die Konferenz vollkommen Fiasko gemacht hat. Unsere Partei hat freilich immer gemeint, daß die heutigen Regierungen das Werk des Friedens nicht fördern können. Und wie hat sich gerade unsere Regierung der Konferenz gegenüber verhalten! Man hatte Männer entdeckt, die in keiner Weise die Friedensgedanken fördern konnten. Ende August v. J. schrieb die Norddeutsche Allgem., das Deutsche Reich werde sich bemühen, das hochherzige Programm des Zaren Nikolaus durchzuführen. Nachher hat man noch nicht einmal geeignete Delegierte nach der Haager Konferenz geschickt; ich nenne nur den Namen v. Stengel. Professor v. Stengel hat das Befähigungszeugnis für die Förderung des Friedenswerkes mit einer Schrift erbracht, die sich aufs schärfste gegen die Haager Konferenz ausspricht. (Hört! hört! links.) Da meint er bei einer Besprechung des Kantschen Buches über den ewigen Frieden, Kant habe sein Buch gar nicht ernst gemeint. Die Mitglieder der Friedensgesellschaft nennt er phantastische Personen, ein Wunder, daß er sich über den russischen Kaiser nicht ähnlich ausspricht. (Sehr richtig! links.) Schließlich spricht er sich über das Zarenmanifest sehr deutlich aus: „Man weiß nicht, ob es mehr Wahnsinn oder Verbrechen ist, wenn bei solcher Lage der Dinge dem deutschen Volke der ewige Friede gepredigt wird." (Hört! hört! links.)

Auf Grund einer derartigen Schrift ist Professor v. Stengel zum Delegierten der Haager Konferenz gewählt worden, ein Mann, der von vornherein die feste Absicht hatte, die Friedenspläne zu durchkreuzen. Da ist es kein Wunder, wenn die Konferenz Gegenstand des Spottes geworden ist. Die Regierung teilt also die Theaterbühne in zwei Abteilungen. Auf der einen Seite macht sie Komplimente gegenüber dem Zarenmanifest, auf Ler anderen Seite hören wir von ihr das Evangelium der unerlösten Sünde. Was innerhalb eines Staates möglich ist, soll in den Beziehungen der Völker unmöglich sein. Wenn man aber an das Ideal des bauernden Völkerfriedens nicht glaubt, spreche man es wenigstens aus, damit Wahrheit herrscht. Jedenfalls treibe man nicht eine Politik, wie ich sie eben gekennzeichnet habe. Es ist jedenfalls charakteristisch, daß sich im Jahre der Friedenskonferenz die Kriegsrüstungen der Völker mehr als sonst gesteigert haben. Freilich durch die heutigen Regierungen können die Verhältnisse nicht gebessert werden. Ich kann daher nicht hoffen, daß unsere Regierung je den Friedensgedanken fördern wird. Wohl aber hoffe ich, daß sie künftig mit offenen Karten spielen wird. Dann werden die Völker wenigstens wissen, daß es bei den heutigen Regierungen nach wie vor bleiben wird bei dem System der Rüstungen und Verwüstungen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf **Bülow**: Ich bin dem Herrn Vorredner dankbar, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der deutschen Reichsregierung in der Frage der Haager Friedenskonferenz klarzulegen. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande und zu Wasser nur zu dem Zweck vervollständigt, um uns gegen feindliche Angriffe zu schützen. Wir haben dem Vorschlag des Kaisers von Rußland keinen Augenblick irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Wir haben uns an den Verhandlungen eifrig und mit gutem Erfolg beteiligt. Die Konventionen und Deklarationen der Konferenz sind von unserer Seite nur deshalb nicht sofort unterzeichnet worden, weil sie zunächst einer eingehenden Prüfung durch die beteiligten Zentralbehörden im Reiche und im preußischen Staatsministerium unterzogen worden sind. Sobald die Ratifikation stattgefunden haben wird, werden sie veröffentlicht werden. Wir hatten unsere Stellungnahme zugesagt, wenn und so lange alle übrigen Großmächte dabei wären, zugleich hatten wir zur Voraussetzung gemacht, daß eine Minorität auf der Konferenz nicht verpflichtet sein könnte, sich dem Votum der Majorität zu unterwerfen.

Die deutschen Delegierten waren angewiesen, an allen Beratungen teilzunehmen. Wir waren bereit, alle Anträge zu fördern, welche wirklich geeignet erschienen, dem Frieden und der Humanität zu dienen. Auf dem Gebiet der Beschränkung der Rüstungen konnten wir im Bewußtsein der Verantwortung für das deutsche Volk keine Konzessionen machen, die die Wehrhaftigkeit der Nation beeinträchtigt hätten. Dieser Standpunkt hat allgemeine Zustimmung gefunden. Dagegen haben sich die deutschen Delegierten den Vorschlägen der ersten Kommission rückhaltslos angeschlossen und haben sich auch an den Beratungen über die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg in hervorragender Weise beteiligt. Wir haben auch einen Antrag auf Veröffentlichung der Protokolle eingebracht, er ist aber von den anderen Mächten nicht angenommen worden. — Einer obligatorischen Arbitrage haben wir nicht zustimmen können aus der Ueberzeugung heraus, daß ein unabhängiger Staat für sich Selbstzweck ist. Mit Rücksicht auf die salus puplica des deutschen Volkes können wir uns einem Schiedsgericht nicht in Fragen unterwerfen, die unsere staatliche Existenz berühren. Dagegen haben wir den Vorschlag auf Errichtung eines permanenten internationalen Schiedsgerichts unter der Bedingung der Beseitigung jeder obligatorischen Arbitrage und der Bedingung der Erhöhung der Zahl der Schiedsrichter angenommen. Unsere Gesamthaltung kann ich dahin zusammenfassen, daß wir, so viel an uns lag, für die großen Ziele der Konferenz eingetreten sind unter voller Wahrung der Interessen des deutschen Volkes. Unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten sind durch die Konferenz nicht nur nicht geschädigt, sondern gekräftigt worden. An der Wahl unserer Delegierten ist von keiner fremden Regierung Kritik geübt worden. Der Umstand, daß der eine der Delegierten in einer inneren deutschen Frage sich scharf auf die Seite seiner Regierung gestellt hatte, konnte ihm in den Augen der übrigen Regierungen durchaus nicht schaden. Uebrigens hat sich der betreffende Delegierte durch sein taktvolles Auftreten die allgemeinen Sympathien erworben. Die deutsche Stimme ist stets nach der von mir eingeholten Instruktion abgegeben worden.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.) fragt an, wie weit die Verhandlungen gediehen seien über die Entschädigungen der auf Samoa geschädigten Deutschen und ob die Entschädigung, zu der sich England wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe verstanden hatte, bereits erfolgt sei.

In dem Prozeß Wolff contra Hirsch ist es zur Sprache gebracht worden, daß wichtige politische Nachrichten, die auf die Börse von Einfluß sein könnten, dem Haute Bleichröder zur Zensur vorgelegt werden müssen, ehe sie Wolffs Bureau veröffentlicht. — Ich habe neulich unserer englandfeindlichen Stimmung Ausdruck gegeben. Herr Bebel hat das als lächerlich bezeichnet. Ich habe aber das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Freunde des Herrn Bebel hinter mir. (Lachen links.)

Unterstaatssekretär **Frhr. von Richthofen**: In der Samoa-Angelegenheit hat der König von Schweden das Schiedsrichteramt übernommen. Seinem Schiedsspruch werden wir uns unterwerfen. England sind von uns aus die Entschädigungsansprüche noch nicht zugegangen. Mit dem Bureau Wolff hat das Auswärtige Amt die besten Erfahrungen gemacht. Die Vermutungen des Vorredners sind ganz unbegründet.

Abg. Dr. **Boeckel** (Antis.): Der Friedenskongreß war nichts als eine Komödie, sonst wäre der Krieg in Südafrika nicht möglich gewesen. Wie war es möglich, daß Cecil Rhodes, die Seele des Krieges, vom deutschen Auswärtigen Amt empfangen wurde. Cecil Rhodes will Afrika englisch machen, vom Kap bis Kairo. Ich frage die Regierung, ob Beziehungen zwischen ihr und Cecil Rhodes bestehen und welcher Art sie sind.

Abg. **Bebel** (Soz.): Herr Liebermann von Sonnenberg hat davon gesprochen, daß ich als wütender Löwe gegen Rußland hetze, aber bei näherem Zusehen befände sich unter der Löwenhaut kein Löwe. Wenn ich ihm auf dies Gebiet der Vergleiche folgen wollte, würde ich ihn nicht mit einem Löwen, sondern mit einem zahnlosen Bullenbeißer vergleichen. (Heiterkeit.) An seiner Englandfresserei finde ich und wohl ein großer Teil des deutschen Volkes mit mir keinen Gefallen. — Nun noch einige Worte über die Friedenskonferenz. Der Herr Staatssekretär meinte, den deutschen Delegierten sei von den Vertretern aller Nationen die größte Rücksicht zu teil geworden. Das glaube ich schon, an der Konferenz haben eben nur wohlerzogene Leute teilgenommen. Es ist doch merkwürdig, daß unter allen deutschen Staatsrechtsgelehrten gerade die Herren Stengel und Zorn entsendet sind, die sich gegen den Grundgedanken des Manifestes erklärt hatten. Aufgabe der deutschen Regierung wäre es gewesen, den guten Willen zu zeigen, den Gedanken des Manifestes zur That werden zu lassen. Ich gebe zu, daß die Frage der Abrüstung eine sehr schwierige ist, aber sie ist doch nicht unmöglich. Wir hätten doch einmal den ernsthaften Versuch machen müssen, ob mit den Rüstungen eingehalten werden kann. Die Verhandlungen waren nur eine Spielerei und das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben worden sind. Dabei halte ich die Einrichtung internationaler Schiedsgerichte für durchaus möglich. Ein Staat, der einem Schiedsspruch entgegen einen Krieg provoziert, würde sich von vornherein ins Unrecht setzen. Herr Abg. Boeckel hat ganz recht, wenn er die Haager Konferenz eine Komödie nannte, er hätte nur zusetzen müssen, daß die deutsche Regierung dabei eine Hauptrolle spielte. Auch ich meine, das man den Burenkrieg hätte vermeiden können, wenn man ernstlich gewollt hätte. Andererseits müßte aber nach dem Verlauf der Konferenz jede Vermittelung von vornherein als aussichtslos erscheinen. Aus der ganzen Konferenz ist nur eine Art Humanisierung des Krieges herausgekommen, und die hätte auch ohne so großen Apparat erreicht werden können. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.): Herr Bebel hat mich mit einem zahnlosen Bullenbeißer verglichen. Ich acceptiere diesen Vergleich mit einem so treuen, tapferen Tier (große Heiterkeit); ein zahnloser Bullenbeißer wird immer noch mit einem Hopel fertig, der sich fortwährend mausert. (Große Heiterkeit.) Die Stimmung des deutschen Volkes gegenüber England ist so, wie ich sie geschildert habe. Dagegen kann Herr Bebel nichts machen, zumal er wirklich schon etwas passé oder zu deutsch eine vorübergehende Erscheinung ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Kirsch** (Zentr.) fragt an, ob der Vertrag, den Preußen mit Oestreich im vergangenen Jahre abgeschlossen habe, dem Reichstag nicht vorgelegt werde.

Staatssekretär Freiherr **v. Richthofen** erwidert, daß der Vertrag seitens Oestreich noch nicht genehmigt sei.

Abg. **Kunert** (Soz.): Von deutscher und amerikanischer Seite sind häufig Versicherungen freundschaftlicher Beziehungen ausgetauscht worden. Dieser freundschaftlichen Politik steht die konservativ-russische Partei energisch entgegen, und sie wird unterstützt von den Beamten, die hier als Vertreter der Regierung stehen. Ich habe hier einen Geheimerlaß des früheren Regierungspräsidenten, des Herrn v. Rheinbaben, nach dem den amerikanischen Konsuln keinerlei statistische Angaben über Zuwiderhandlungen gegen das Nahrungsmittelgesetz, insbesondere über die Herstellung gesundheitsschädlicher Genußmittel und dergleichen gemacht werden sollen. Die Angelegenheit wird ausdrücklich als streng vertraulich bezeichnet; die nachgeordneten Behörden sollen auf die streng vertrauliche Behandlung besonders aufmerksam gemacht werden. Aus der Weisung, die Angelegenheit streng vertraulich zu behandeln, spricht wohl das schlechte Gewissen. Wie stimmt diese Art Politik überein mit der Aeußerung des Grafen Bülow, unsere auswärtige Politik sei aufrichtig? Wenn Nordamerika uns gegenüber so handelte, wir würden gewiß nicht ruhig zusehen. Zwei Kulturvölker, die auf einander angewiesen sind, sollte man doch durch solche Handlungen nicht in Gegensatz bringen.

Der Schuldige?

Roman von Hektor Malot.

50] (Nachdruck verboten.)

Sie befürchtete, Frau La Vaupaliere könne, nachdem sie nicht mehr ihren treulosen Gatten liebte, für ihren Sohn eine Gefahr bilden. Aber welche Mittel hatte sie, dies zu verhindern? Nachdem sie lange darüber nachgedacht, hielt sie es für das beste, wenn sie sich bemühe, die Freundin und Vertraute von Madame La Vaupaliere zu werden, um über alles unterrichtet zu sein, was von ihrer Seite geschehe oder vorbereitet werde. Diesen Plan führte sie auch aus. Kein Tag verging, ohne daß sie die liebe Frau besuchte; sie arbeitete bei ihr, veranstaltete gemeinsame Spaziergänge und suchte sie bei ihren langen Gesprächen dadurch zu Bekenntnissen zu bewegen, daß sie ihr selbst welche machte. Sie erzählte ihr, sie sei nicht immer so sanften Charakters gewesen wie jetzt; sie habe nach wenigen Jahren eines glücklichen Zusammenlebens mit ihrem Manne schwer durch dessen Kälte gelitten, sich aber schließlich doch wieder recht gut ihm vertragen, weil sie sich mit Erfolg bemüht habe, auf seine Ideen einzugehen, seine Achtung und sein Vertrauen zu bewahren und ihn dadurch wenigstens moralisch an sich zu fesseln.

XI.

Ideengemeinschaft, gegenseitige Achtung und Vertrauen — zwischen dem Notar und seiner Gattin war von solchen Dingen keine Rede mehr. Nie hatten sie so einen gewaltsamen Widerwillen gegen einander empfunden, als nach der Szene, in der sie ihre Trennung beschlossen hatten, aber zugleich erkannten, daß die völlige Scheidung, mit der sie einander gegenseitig drohten, unmöglich sei. Zur Scheidung genügt nämlich nicht gegenseitige Abneigung; auch die Interessen müssen den Bruch des ehelichen Bandes gestatten, und das war ihr Fall nicht. Selbst wenn er sich auf die gröblichste Weise hintergangen sah, konnte La Vaupaliere doch nicht auf Scheidung klagen, aus dem einfachen Grunde, weil er dann seiner Frau ihr Vermögen herausgeben mußte, wozu er außer stande war. Sie aber konnte ebensowenig die Scheidung beantragen, denn er würde schlau genug sein, ihr keine Gründe zu bieten, und würde dann im Genusse der Donationen bleiben, die sie beim Abschluß des Ehevertrages zu seinen Gunsten gemacht hatte. Wie sehr also auch beide von einander loszukommen wünschten und sich gegenseitig mit Scheidung bedrohten, so waren und blieben sie doch aneinander geschmiedet. Nur der Tod konnte die Fesseln lösen.

Während so das häusliche Zerwürfnis, von dem alle Welt Kenntnis hatte, weder einen Schritt vorwärts, noch einen rückwärts zu machen schien, kam eines Tages Divine, das Zimmermädchen von Frau La Vaupaliere, zum Apotheker, der trotz seiner häufigen Beteuerung, er treibe nicht Medizin, doch gerne Konsultationen erteilte, und bat um ein gutes Mittel gegen Uebelkeit. Turlure liebte es, ein Späßchen zu machen, und andererseits hielt er sich als „oberster Beamte seiner Gemeinde" für verpflichtet, allen Unternehmungen gegen das keimende Leben vorzubeugen; er nahm daher mit dem Mädchen ein Verhör vor, welches ihn durch beiderseitige Mißverständnisse dahin brachte, daß er sagte:

„Sie hätten sich dem nicht aussetzen dürfen."

„Bin ich etwa schuld?"

„Etwa ich?"

„Das behaupte ich ja nicht."

„Na, einer muß doch schuld sein!"

„Ich weiß nicht, wer."

„Das ist schlimm für Sie, armes Mädchen, aber ich kann Ihnen da nicht helfen."

Erschrocken sah sie ihn an und sagte:

„Also glauben Sie, daß jemand das ganze Haus verhext hat?"

„Wie so: das ganze Haus? Haben denn noch mehr Leute im Notariat Uebelkeit?"

„Ja, freilich, auch Madame La Vaupaliere."

Der Apotheker erblickte in dieser Nachricht eine Bestätigung seiner Besorgnisse bezüglich Mederics und seufzte:

„Welches Unglück!"

Allein Divine riß ihn bald aus seinem Irrtum, indem sie hinzufügte:

„Und unser Herr auch."

„Was sagen Sie da?" schrie er.

Allein mit Fragen in diesem Tone war am allerwenigsten aus ihr herauszubringen; sie steckte den Kopf in die Schultern hinein, wie eine Schildkröte, und starrte ihn mit weit geöffnetem Munde an.

„Wiederholen Sie mir noch einmal, was Sie jetzt gesagt haben."

„Ich habe ja gar nichts gesagt."

„Sagten Sie nicht: Und der Notar auch?"

„Das kann schon sein."

„Was meinen Sie damit?"

„Nun ja, daß ihm auch übel wird, wie Madame; er hat sich doch auch übergeben müssen."

„Also alle Leute im Hause?"

„Nein, Celanie nicht."

„Haben Sie vielleicht etwas gegessen, was Sie unwohl gemacht hat?"

„Wohl möglich; das dauert jetzt schon seit einem Monat."

„Sind etwa Ihre kupfernen Pfannen neuerdings verzinnt worden?"

„Das mag so etwa sechs Wochen her sein."

„Und wer hat sie verzinnt?"

„Nun, eben die Zinngießer."

„Herumziehende?"

„Jawohl, die müssen uns behext haben; einer von ihnen sah ganz so aus, wie ein Teufel oder ein Hexenmeister."

Wenn Turlure einem Irrtum begegnete, so vermochte er dem Drang, denselben zu bekämpfen, nicht widerstehen; er protestierte also lebhaft gegen den Hexenglauben und belehrte die Magd über die Gefährlichkeit schlecht verzinnter Pfannen, und während er so sprach, suchte er sich zu vergewissern, ob nicht das Zinn bleihaltig war und eine Vergiftung bewirkt hatte; den Geruch der Bleiverbindung mußte man in diesem Falle am Atem wahrnehmen.

„Hauchen Sie mir ins Gesicht," sagte er zu ihr.

„O, Herr Bürgermeister, das werde ich mir doch nicht erlauben."

„Aber ich bitte Sie darum."

Sie atmete aus, als wollte sie ein Licht auf zehn Schritte Entfernung auslöschen.

„Schon gut."

Der Atem war stark genug, aber nach Blei roch er nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Sprachstudie. „Mit was handeln Sie und Ihr Mann, Frau Huber?"

„Er thut mit alte G'wandeln handeln und ich thu' mit Hendeln und Hundeln handeln!"

(Fliegende Blätter.)

— Ausweg. Chef: „Sagten Sie nicht neulich, Sie kämen mit Ihrem Gehalt nicht aus, Meier?"

Kommis: „Allerdings; es reicht gerade für Mittag- und Abendbrot!"

Chef: „Hm, hm, ich habe mir die Sache überlegt ... Da könnten wir ja in Zukunft die Frühstückspause wegfallen lassen!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0006

Ich halte es für sonderbar, daß deutsche Offiziere zwar bei der englischen Armee attachiert sind, nicht aber bei der Boxen. Ein schamloser Handel mit der Krupp-Fabrik ist nur erhindert worden durch das kleine sozialdemokratische Blatt in Essen, das rechtzeitig Alarm schlug. Und scheint es nicht als moralische Unterstützung eines übermächtigen Gegners, daß seiner Zeit die Englandfahrt unternommen wurde.

Zum Schluß spreche ich die Hoffnung aus, daß unser auswärtiges Amt ehrlich und nüchtern sein möge im Gegensatz zu aller Weltmacht- und Theaterromantik. Wohin diese führt, sehen wir am Flottengesetz. Diese Politik treibt zum Konflikt nach innen und außen. Der Reichstag möge in diesem Konflikt sich auf seiten des Volkes, speziell des arbeitenden Volkes stellen. (Bravo b. d. Soz.)

Der Titel „Staatssekretär" wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate" Titel „Konstantinopel" warnt

Abg. **Hasse** (ntl.) davor, allzu große Hoffnungen auf die Bagdadbahn zu setzen. Es liege die Gefahr vor, daß aus dieser deutschen Bahn eine französische werde.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Entsendung landwirtschaftlicher Sachverständigerins Ausland" wünscht

Abg. Dr. **Paasche** (ntl.) Einrichtung einer Zentralstelle für Landwirtschaft im Reichsamt des Innern, dem die Berichte dieser Sachverständigen zugehen sollen.

Abg. Frhr. **v. Wangenheim** (kons.) wünscht Vermehrung dieser Sachverständigen.

Unterstaatssekretär Frhr. **v. Richthofen** will bestrebt sein, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso ohne weitere Debatte der Rest des Ordinariums, das Extraordinarium und die Einnahmen. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Marineetat, zweite Lesung.

Schluß 5¼ Uhr.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Wegen Beleidigung** hatte sich Genosse Niklas vor dem Landgericht in Plauen i. V. zu verantworten. Niklas war beschuldigt, in einer Gewerkschaftsversammlung den Bürgermeister von Mylau beleidigt zu haben. Er hatte von Mißständen im Baugewerbe gesprochen und hierbei unter anderm gesagt, daß in dieser Hinsicht manches „verlottert" sei. Nach diesem Wort hatte ihm der überwachende Beamte das Wort entzogen. Die Anklage behauptet, daß Niklas das Wort auf die Zustände in Mylau bezogen, wie die zwei überwachenden Beamten bezeugen. Niklas bestreitet das; wenn man ihn hätte weiter sprechen lassen, hätte er das auch ausdrücklich gesagt. Niklas wurde zu vier Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt.

Parteinachrichten.

— **Unsere Aussichten im 20. Jahrhundert.** Im sozialdemokratischen Verein zu Dortmund hielt am Mittwoch Gen. Hoffmann-Bielefeld einen Vortrag über das obige Thema. Er sagte: Das 20. Jahrhundert werde allgemein das Jahrhundert des Sozialismus genannt und das werde es auch sein, das könne man behaupten, ohne Prophetengabe zu besitzen. Wenn man sage, das 20. Jahrhundert sei das Jahrhundert des Sozialismus, so bedeute das nicht, daß man gleich in den ersten zwölf Monaten des neuen Jahrhunderts die politische Macht erringen müßte. Wenn man von einem Jahrhundert spreche, so sei das nur ein willkürlich angenommener Zeitraum, an dessen Stelle man gerade so gut eine andere beliebige Zahl von Jahren nehmen könne, nur seien 100 Jahre gerade ein nette runde Zahl, und deswegen sage man, das 20. Jahrhundert steht im Zeichen des Sozialismus. Im 20. Jahrhundert werde der Sozialismus zum Siege gelangen, das sei eine unumstößliche Wahrheit. Würde der Sozialismus nicht siegen, so sei er ein Fehler gewesen. Der Sozialismus sei aber Wahrheit und deswegen würde er zum Ziele führen. Wer aber behaupte, der Sozialismus dürfe nicht siegen, der sei in seinen Augen kein Sozialist. Wir träten mit den besten Aussichten in das neue Jahrhundert. Der Sozialismus existiere in Deutschland seit 30 Jahren und habe sich zu einer Partei entwickelt, die bei der letzten Wahl mehr denn 2 Millionen Stimmen auf sich vereinigt habe. Würden bei der nächsten Wahl 5 Millionen Stimmen abgegeben werden, was allerdings ausgeschlossen sei, so würde die Sozialdemokratie keinen Augenblick zögern, die politische Macht auch zu übernehmen, die Sozialdemokratie werde den Thatsachen nicht so ratlos gegenüberstehen, wie es das Bürgertum im entscheidenden Augenblick gethan habe. Noch 20 Jahre mutvollen Kämpfens, und der Sieg sei unser, das Bürgertum und der Kapitalismus seien reif, aber nicht reif zur weiteren Herrschaft, sondern reif um vom Sozialismus abgelöst zu werden.

— **Parteipresse.** Ein Parteiblatt für Augsburg wird, wie der Vorsitzende des dortigen Sozialdemokratischen Vereins in einer Versammlung mitteilte, am 1. April herausgegeben werden.

— **Genosse Dr. Heinrich Schmidt,** früher Redakteur der Arbeiterstimme in Zürich, ist von der St. Gallener Kantons-Regierung als Lehrer an die Handels- und Verkehrsschule in St. Gallen gewählt worden.

Gewerkschaftliches.

Zum Holzarbeiterstreik in Berlin. Die Meister haben in ihrer Versammlung am Mittwoch folgenden Beschluß gefaßt:

a. Im Interesse der schnellen Beendigung des Streiks sind sämtliche Arbeiter nach Fertigstellung ihrer jeweiligen Arbeit sofort zu entlassen, gleichviel ob Lohn- oder Akkordarbeiter.

b. Neue Arbeiten dürfen keinesfalls, ehe der Streik nicht auf der ganzen Linie beendet ist, vorgegeben werden.

Dieser Beschluß ist leichter gefaßt worden, als seine Ausführung von statten gehen dürfte. Sonst ist die Lage unverändert.

Endlich hat auch der Vorwärts das beschämende, der Arbeiterbewegung unwürdige Gebaren des Redakteurs des Correspondenten für Deutschlands Buchdrucker, des Herrn Rexhäuser, gebührend charakterisiert. In einer in Leipzig im Pantheon abgehaltenen Versammlung, die sich mit dem böhmischen Bergarbeiterausstande beschäftigte, trat auch der national-soziale Dr. Barge auf und bezeichnete die Forderungen der Bergarbeiter als berechtigt. Die Nationalsozialen würden mit den Sozialdemokraten Schulter an Schulter für die Ausständigen eintreten ꝛc. Nach dem Correspondent soll darauf ein „Genosse", wie Herr Rexhäuser noch bewährten Mustern zu schreiben liebt, diese „vor zweifelloser Arbeiterfreundlichkeit zeugende Erklärung" als Köder bezeichnet haben, auf den die Arbeiter nicht anbeißen würden. Dazu schreibt Herr Rexhäuser in der ihm eigenen vornehmen Weise unter der Spitzmarke „Erbärmlich":

„Das ist der echte demagogische und geschäftssozialistische Standpunkt der Leipziger Genossenführer. Die Masse muß in jedem Angehörigen einer andern Gesellschaftsklasse einen Heuchler oder Betrüger erblicken, selbst dann, wenn die bürgerlichen Kreise ein hervorragendes Verständnis für die Arbeiterinteressen bekunden. Wehe aber, wenn die auf diese Weise verächtlich beiseite geschobenen besserdenkenden Elemente des Bürgertums in der Zukunft es ablehnen, Arbeiterforderungen zu befürworten, dann fällt das Leipziger Demagogentum über jene Leute her und beschuldigt sie in öffentlichen Versammlungen, kein Herz für die bedrängte Lage der Arbeiter zu haben. Auf diese Weise kommt der Geschäftssozialist auf seine Rechnung und der Arbeiter sieht nur die „einzig reaktionäre Masse!"

Die nationalsoziale Hilfe drückt das ab und begleitet es mit folgender Wohlverhaltungsnote:

„Wir haben diesen Worten eines objektiv urteilenden Arbeiter- und Gewerkschaftsorgans nichts weiter hinzuzusetzen, als daß die für Leipzig gebrandmarkte „Erbärmlichkeit" auch anderwärts in der Sozialdemokratie uns schon entgegengetreten ist."

Der **Vorwärts** bemerkt nun hierzu:

„Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob in sozialdemokratischen Arbeiterversammlungen gegenüber „vorurteils- und zweifellosen Arbeiterfreunden" immer der richtige Ton angeschlagen wird. Aber wir würden die Arbeiterbewegung bedauern, wenn sie ihr Vorbild in einem Rexhäuser sähe. Ein objektiv urteilendes Arbeiter- und Gewerkschaftsorgan? Objektiv vielleicht gegen die Herren Nationalsozialen und sonstige zweifelhafte Arbeiterfreunde; mag sein. Sonst aber ist uns selten ein Arbeiterorgan begegnet, in dem die unanständigste, unverständigste Schimpferei und Verhetzung der Arbeiter untereinander solche Orgien feiert, wie in dem von Herrn Rexhäuser geleiteten Blatte, dessen blinder Zorn sich gerade gegen diejenige Partei am ungezügeltsten austobt, die bisher allein durch Thaten bewiesen hat, daß sie die Interessen der Arbeiter vertritt, gegen die sozialdemokratische. Wehe dem Sozialdemokraten, der es wagt, einige Zweifel an der Richtigkeit der von Herrn Rexhäuser beliebten Arbeiterführung zu äußern! Er kann sicher sein, wie ein räudiger Hund behandelt zu werden. Es gereicht der deutschen Arbeiterbewegung nur zum Vorteil, daß der „objektiv urteilende" Correspondent ein Unikum ist, und wir hoffen, daß er es bleiben wird trotz der nationalsozialen Anerkennung für — Rexhäuserisch zu sprechen — Geschäfts-Antisozialisten."

So sehr die Thatsache, daß der Correspondent ein Unikum ist, der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorteil und zur Ehre gereicht, so sehr gereicht sie dem großen Buchdruckerverbande, von dem so oft gerühmt worden ist, daß er die Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft umfasse, zur Unehre, zur Schande!

Zur Erheiterung mag noch mitgeteilt sein, daß der von Herrn Rexhäuser als „erbärmlich" gekennzeichnete Genosse ehemals von jenem Herrn brav gelobhudelt wurde. Das war freilich zu einer Zeit, wo Genosse Franz Schmidt — denn um diesen handelt es sich — noch öffentlich im Verbande der Transportarbeiter bei Besprechung der Buchdruckeranegelegenheit gegen das Leipziger Gewerkschaftskartell und für Herrn Rexhäuser und die Generalkommission wirkte. Seitdem Genosse Schmidt sich anscheinend für Herrn Rexhäuser aus einem Paulus in einen Saulus rückverwandelt hat, wird er so gut wie jeder andere, der nicht täglich auf die alleinseligmachende Lehre des Herrn Rexhäuser schwört, mit schmutzigen Anwürfen bedacht. Das gehört eben zum Anstand des Herrn Rexhäuser.

Der Streik im Düsseldorfer Emaillierwerk von Wortmann u. Eibers dauert unverändert fort.

In der Schuhwaren-Fabrik von Max Tack in Strausberg ist sämtlichen Zwickern gekündigt. Infolgedessen dürfte es zum Ausstand kommen, da auch die übrigen Arbeiter die Kündigung eingereicht haben.

Die Maler der Schiffswerft Howaldtswerke in Dietrichsdorf bei Kiel haben wegen fortgesetzter entwürdigender Behandlung durch den Meister die Arbeit niedergelegt. Schon vor der Arbeitsniederlegung hatten die Maler von der Direktion die Entlassung des Meisters verlangt und bis zum 1. März Antwort erbeten. Der Meister suchte nun vier seiner Arbeiter zu maßregeln, worauf sämtliche Maler sich mit diesen solidarisch erklärten. Benennungen wie Spritbagage, Saufbande, faule Gesellschaft waren durch den Meister besonders beliebt. Es stehen im Ausstand 48 Mann; weiter arbeiten 3.

Die **Errichtung eines Volkshauses für die Nürnberger Arbeiterschaft** ist jetzt in greifbare Nähe gerückt. Den Gewerkschaften ist vom Stadtmagistrat das günstige Anerbieten gemacht worden, die Rosenau (ein dicht an der inneren Stadt gelegenes Etablissement mit prächtigen Parkanlagen) um die Hälfte des Schätzungswertes zu übernehmen, und dieses sehr fulante Angebot wurde bereitwilligst angenommen. Auch hat die Stadt einen ziemlich bedeutenden jährlichen Zuschuß in Aussicht gestellt. Der Umbau wird demnächst beginnen und man hofft, daß die Einweihung des Volkshauses im Herbst d. J. erfolgen kann.

Ausland.

Frankreich. Ein neues Syndikat bei den französischen Staatsarbeitern. Bisher kannte man kein Syndikat unter den Arbeitern der Posten und Telegraphen. Diese Lücke hatte die Briefträger zwar nicht gehindert, vor einiger Zeit in den Ausstand zu treten; aber sie hatten hierbei doch Erfahrungen mancherlei Art gesammelt, die ihnen den Wert der Organisation nahelegten. Seit dem 12. d. M. ist nun, wie das Journal des Debats berichtet, das Syndikat der „Arbeiter und Arbeiterinnen der Posten und Telegraphen" regelrecht gebildet. Die Forderungen sind: Achtstundentag, feste Anstellung nach sechs Monaten, Anfangsgehalt von 5 Frks. für den Tag, Ruhegehalt auf Staatskosten, Bezahlung während der militärischen Uebungen, Wiederanstellung der als Soldaten Eingezogenen nach erledigter Dienstzeit ꝛc. „Nun kann, wie die Ztg. d. V. d. E.-V. betrübt seufzt, die deutsche Sozialdemokratie mit ihren vom Reichstag abgelehnten Anträgen auf vollste Verbindungsbeamte ꝛc. sich auf die Thatsache in Frankreich berufen."

Rußland. Ausperrung in Finnland. Am 3. März werden in Helsingfors 500 Schneider ausgesperrt werden. Die Unternehmer legten ihren Gehilfen einen reduzierten Lohntarif vor und glaubten bei der schlechten Geschäftskonjunktur, ihre Absicht leicht durchführen zu können. Die Arbeiter sind aber gesonnen, Widerstand zu leisten, weshalb die Aussperrung unvermeidlich sein wird. — In Aktinbolag sind die Arbeiter einer größeren Schuhfabrik ausgesperrt. Der Werkführer, Herr Schultze, soll die Absicht haben, in Deutschland Arbeitskräfte anzuwerben. Die Schuhmacher werden deshalb gut thun, dies zu beachten. — Die junge aufstrebende Arbeiterbewegung hat überhaupt eine starke Aktion des gesamten Unternehmertums gegen sich zu erwarten. Man plant eine große Aussperrung der Industrie-Arbeiterschaft.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Die Lage des Streiks. Im Zeitz-Weißenfelser Revier kann der Ausstand infolge teilweiser Bewilligung der Forderungen als beendigt angesehen werden. In Nietleben ist die Lage unverändert, ebenso im Revier östlich Halle, auf den Gruben v. d. Heydt, Dreyerhaus und Riesterschacht.

Im Meuselwitzer Revier hat der Belagerungszustand seine Wirkungen gethan. Die Ausständigen, denen jede Möglichkeit genommen war, über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten, werden wohl zum größten Teil wieder angefahren sein. Gestern hatte sich ihre Zahl um 50 verringert.

Aufruf! Der Bergarbeiterstreik in den Revieren Lugau und Oelsnitz ist unglücklich für die Arbeiter verlaufen. Entlassen wurden bis jetzt etwa 90, meistens ältere Männer und Ernährer zahlreicher Familien. Genossen aller Branchen, bewahrt eure Solidarität in jeder Beziehung!

Alle Anfragen, Briefe ꝛc. nimmt entgegen

Emil Hübner, Gersdorf, Bezirk Zwickau, Nr. 128.

In **Falkenau** stehen die Streikenden auch in der sechsten Woche ohne Wanken fest. Dabei arbeiten die Gegner mit den schimpflichsten Mitteln. Ein christlich-sozialer Werksbeamter Namens Wunderlich richtete an die in den Werkswohnungen wohnhaften Steiger, Monteure, u. s. w. Briefe folgenden Inhalts:

Sie beherbergen in Ihrer Wohnung einen streikenden Bergarbeiter Namens N. N. Es wird Ihnen hiermit aufgetragen, diesen streikenden Arbeiter aus der der Gesellschaft gehörigen Wohnung zu entfernen, widrigenfalls gegen Sie vorgegangen werden müßte.

Auch dieser Pumpenstreich fruchtete nicht. Die Steiger machten sich nicht zum Büttel der Grubenbarone.

Ein Leutnant erklärte einen Gastwirt für verhaftet, weil er die ihm zugedachte Einquartierung von Soldaten nicht übernehmen wollte. Ein anderer Leutnant ließ angesichts einer Versammlung streikender Bergleute seine Soldaten unter die Streikenden marschieren und befahl ihnen, die Gewehre zu laden. Der Bezirksrichter von Elbogen erklärte nach einer Gerichtsverhandlung einem Bergmann, er und seine Kameraden möchten doch wieder anfahren, da die Forderungen ja doch nicht erfüllt würden. — Das nützt alles nichts; die Streikenden stehen fest. Wie groß die Sympathien für die Bergleute sind, geht daraus hervor, daß die Bauern den Streikenden Kartoffeln liefern.

In **Leitmeritz** wurde Genosse Thomas Lorenz aus dem Teplitzer Revier vom Kreisgericht wegen Beleidigung eines Streikbrechers zu 3 Monaten schweren Kerkers verurteilt. Das erregte so viel Entrüstung, daß nächsten Tags sogar die dreißig Streikbrecher die Arbeit ruhen ließen. — In Bruch bei Dux wurde nachts Genosse Demel aus dem Bett geholt und verhaftet, ohne daß ihm der Grund gesagt wurde.

Thalia-Theater.

Erstes Gastspiel des Meßthaler-Ensembles.

Mit Halbes dreiaktigem Liebesdrama **Jugend** führte sich gestern das frühere Theater der Modernen vorteilhaft ein. Burg, diese Erstlingsarbeit des Dichters an sich schon für den Erfolg, so noch mehr, wenn eine besonders für die modern-n Stücke ausgesuchte Künstlerschar der Darstellung ein spezifisches Relief verleiht. Zudem ist Herr Meßthaler selbst hier nicht unbekannt, wenn auch die Mitglieder seines Ensembles teilweise zum erstenmale in Halle gastieren. Der Empfang, der gestern der Künstlertruppe zu teil wurde, war denn auch ein recht herzlicher. Das Herausrufen wollte kein Ende nehmen, besonders am Schluß des Dramas brach der Beifallsjubel mit elementarer Kraft sich Bahn.

An der Aufführung selbst ist nichts auszusetzen. Alle Rollen vom schlichten, ehrbaren Dorfpfarrer bis herab zum blödsinnigen Stiefbruder der Nichte des Ortspfarrers waren vorzüglich ausgebaut und meisterhaft zur Darstellung gebracht. Besonders hervorgehoben zu werden verdient Frl. Milly Krause, die schon früher einmal in Halle gastierte. Sie spielte das Annchen mit herzerfrischender Naivetät und fand auch für die Szenen im 3. Akte den packenden, hinreißenden Ton, der uns die Gefallene menschlich so nahe bringt. Herr Max Eisfeldt, auf den die Direktion in ihrer redaktionellen Notiz besonders hinwies, nahm hier und da seinen Studenten etwas zu naiv und zu kindlich auf; so unreif ist dieser junge Mann allerdings nicht, doch sei gern zugegeben, daß die Durchführung dieser schwierigen Rolle als Gesamtleistung Herrn Eisfeldt nur zur Ehre gereicht.

Ich kann nicht umhin, die Arbeiter aufzufordern, dem Meßthaler-Ensemble einen oder mehrere Abende zu weihen. Sie werden befriedigt nach Hause gehen in dem Bewußtsein, einen wahrhaft künstlerischen Genuß gehabt zu haben.

*

Da leider auch heute kein Raum für die Inhaltsangabe der Gerhart Hauptmannschen „Einsamen Menschen" vorhanden ist, werde ich dies in der nächsten Unterhaltungs-Beilage nachholen und eine kurze Skizzierung der Halbeschen „Jugend" anfügen, da es meines Erachtens für die Arbeiterschaft nicht überflüssig ist, wenn sie mit den neueren Werken der dramatischen Litteratur näher vertraut gemacht wird. W.

An die Stukkateure von Halle und Umgegend.

(Eingesandt.)

Kollegen! In letzter Zeit macht sich in Kollegenkreisen eine gewisse Lauheit bemerkbar, die ihren Ausdruck in dem schlechten Versammlungsbesuch findet und deren Grund wohl in persönlichen Streitigkeiten zu suchen ist. Da wir vor einer Lohnbewegung stehen, ist es aber unbedingt notwendig, daß wir ein geschlossenes Ganzes bilden, daß alle Kollegen ihre Kräfte der Organisation zur Verfügung stellen und an der Verbesserung ihrer Lage mitarbeiten.

Eine Einigkeit ist um so notwendiger, als sich Anzeichen bemerkbar machen, die auf das Bestreben der Prinzipale, auch in ihren Kreisen eine Einigung zu erzielen, schließen lassen, und was dies bedeutet, ist wohl jedem klar. Von seiten der Prinzipale sind auch schon spöttische Bemerkungen über die Uneinigkeit der hiesigen Kollegen gefallen.

Dies alles muß jedem zur Pflicht machen, seine Kraft voll und ganz der Organisation zu widmen und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Nur wenn dies geschieht, können wir mit ruhigem Gewissen in eine Lohnbewegung eintreten und eine Verbesserung unserer Lage erringen.

Die nächste Versammlung findet **morgen, Sonnabend, den 3. März,** statt.

Kollegen! Zeigt, daß Ihr gewillt seid einmütig zu handeln, besucht Mann für Mann die Versammlung.

Die Agitations-Kommission.

Vermischtes.

* **Wieder einer!** Man schreibt dem Salzburger Volksblatt aus Zell am See: Großes Aufsehen erregt hier die gestern abend erfolgte Verhaftung des hiesigen Metzners Georg Rathgeb, der seit 1892 eine große Anzahl von Sittlichkeitsdelikten an Schulknaben und Lehrlingen verübt hat. Rathgeb ist der ihm zur Last gelegten Fälle geständig und erzählte, daß er selbst durch Beten sein sündhaftes Gelüste nicht zu unterdrücken vermochte. In der That war der Mann äußerlich sehr fromm. In seinem Zimmer steht bei seinem Bett eine Heiligenfigur, ein ewiges Licht brennt dabei, und die Wände hängen voll von Heiligenbildern und Devotionalien!

* **Eine gewaltige Schneelawine** stürzte Sonntag in das Alpenthal von Mollasco bei Cuneo nieder. Der Steinesucher Michelis und sein vierzehnjähriger Sohn aus Prazzo, die auf dem Monte Traverniera nach seltenen Steinen suchten, wurden von der Lawine mit fortgerissen und unter ihr begraben. Man fand die Verunglückten im Schnee als Leichen wieder.

* **Der flüchtige Direktor der Vorschußbank** in Sendziszow (Galizien) Dr. Franz Sendzielowski veruntreute, wie die bisherigen gerichtlichen Erhebungen und die Kassenprüfung ergaben, 710000 Gulden und fälschte zahlreiche Wechsel. Unter den Spareinlegern befinden sich größtenteils wenig bemittelte Leute.

* **Der Schachmeister Steinitz ist wahnsinnig geworden.** Ueber das traurige Ereignis werden folgende Einzelheiten aus Newyork gemeldet: Der Bedauernswerte spielt in seinen Halluzinationen fortwährend Schach und bildet sich dabei ein, in dieser Thätigkeit immer und immer wieder durch die elektrischen Schläge von einer unsichtbaren Maschine getroffen zu werden. Der Irrenarzt Dr. Robinson teilte den Vertretern der Presse mit, daß leider kein Zweifel sei, daß Steinitz in der That wahnsinnig geworden sei und er deshalb in der Irrenanstalt untergebracht werden müsse. Der Patient befindet sich einstweilen in der Irrenabteilung des Bellevue-Hospitals, wo er indessen auf die Dauer nicht bleiben kann. Die Gattin des unglücklichen Meisters hat erklärt, nicht die Mittel zu besitzen, um den Kranken in einer Privatanstalt unterzubringen. Sollten daher die Freunde von Steinitz nicht helfend eingreifen, so wird seine Ueberführung nach der allgemeinen städtischen Irrenanstalt auf Wards Island unvermeidlich.

* **Kampf mit Wilderern.** Aus Weidring, Bezirk Kitzbuhel in Tirol, wird ein blutiger Kampf mit Wilderern gemeldet, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219000303-19/fragment/page=0007

im Morathal stattgefunden hat. Der Jäger Unterrainer war nachmittags zufällig im Morathal auf zwei Wilderer gestoßen, die soeben ihre Beute, einen Hirsch und drei Gemsen, auf einen Schlitten geladen hatten. Die Wilderer forderten ihn auf, sich zu entfernen, widrigenfalls sie ihn erschießen würden. Der Jäger, der das Aussichtslose eines Kampfes einsah, entfernte sich. Am Eingange des Thales traf er mit anderen Jägern und mit Gendarmen zusammen, die eben nach den Wilderern spürten. Nun gingen sie wieder hinein ins Thal, wo es bald zu einem blutigen Zusammenstoß kam, in dem ein Wilderer aus Kirchdorf erschossen und der Gendarmeriepostenführer Haas aus Waiding durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt wurde. Der zweite Wilderer erhielt einen Streifschuß. Er wurde gefangen genommen.

Quittung.

Für die streikenden Bergarbeiter:

Trebnitz. 2.10 Mk. von der Jugend nach der Versammlung. 50 Pfg. von E. B., 50 Pfg. weil Frau Kl. Frau M. nicht grüßt. 1 Mk. von G. K. Güldenberg.

Teuchern. Auf Listen Nr. 49 6.45 Mk., Nr. 51 11.65 Mk., Nr. 53 5.50 Mk., dieselben sind an den Verbands-Vorstand abgeliefert. Allen Gebern besten Dank. Der Vertrauensmann.

Aus dem Felsenkeller 1.05 Mk.
Bergisdorf, Schneidemühle und Hannsburg 1.00 Mark.
A. Schulz, Zangenberg.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 28. Februar.

Aufgeboten: Der Telegraphen-Arbeiter Daye und Luise Krieg (Alter Markt 22 und Trotha). Der Kaufmann Höfe und Marie Holzhausen (Halle und Wittenberg). Der Arbeiter Bruchhardt und Anna Walschenbach (Trotha).

Geboren: Dem Maurer Mädins ein S. (Brunnenhöhe 73). Dem Polizei-Serg. Nattye ein S. (Glaucharstraße 75). Dem Werkzeugmeister Harnisch ein S. (Schillerstraße 34). Dem Bremser Mehlhose eine T. (Albrechtstraße 3). Dem Fabrikarbeiter König ein S. (Reilstraße 129). Dem Arbeiter Rehle eine T. (Hirschstraße 3). Dem Arbeiter Ehert ein S. (Schwiedestraße 21). Dem Gilbsbremser Flügel eine T. (Möhlischerweg 7). Dem Feuerwehrmann Klostermann ein S. (Weingärten 37). Dem Gastwirt Kluge eine T. (Leipzigerstraße 63). Dem Handarbeiter Göpe ein S. (Mühlgasse 9). Dem Fuhrmann Beer ein S. (Forsterstraße 12).

Gestorben: Des Kaufmann Silbernagel S., 1 J. (Zwingerstraße 20). Der Drechslermeister Klemm, 43 J. (Thorstraße 32). Des Generalmajor a. D. Schultzen Ehefrau Anna geb. Schultzen, 57 J. (Robert Franzstraße 14). Des Kaufmann Haale Ehefrau Anna geb. Schwarze, 52 J. (Diakonissenhaus). Der Zimmermann Leonhardt, 72 J. (Harz 47). Des Warengehilfen Wolf L., 2 M. (Ackerstraße 2). Der Arbeiter Dreincker, 47 J. (Klinik).

Zur Anmeldung im Standesamt ist Legitimation erforderlich.

Giebichenstein, vom 23. bis 27. Februar.

Aufgeboten: Der Schmied Schröter und Friederike Witting (Halle und hier). Der Eisendreher Kahnt und Anna Anelang (Weitenstraße 6). Der Schlosser Kind Anna Stahl (Große Brunnenstraße 11).

Eheschließungen: Der berittene Gendarm Wirth und Juliane Baumüller (Conradswaldau und Große Brunnenstraße 63). Der Fabrikschmied Mohs und Lina Körtge (Augustkstraße 45 und Zölau).

Geboren: Dem Sattler Beuten ein S. (Große Brunnenstraße 31). Dem Geschirrführer Bauer ein S. (Böckstraße 6). Dem Handarbeiter Japp ein S. (Augustastraße 6). Dem Tischler Pollandt ein S. (Kleine Breitenstraße 9). Dem Kaufmann Oppermann ein S. (Weilstraße 3). Dem Schmied Berle ein S. (Gobeitzstraße 22). Dem Brauereiarbeiter Pabst eine T. (Kleine Breitenstraße 2). Ein unehel. S. (Gr. Brunnenstr. 49). Ein unehel. S. (Hohestraße 15). Dem Maffeur Jun ein S. (Kriststraße 6).

Gestorben: Des Fabrikarbeiter Misching T., 1 M. (Böckstraße 10). Die Witwe Brodhaus geb. Deutschbein, 73 J. (Advokatenstraße 3). Des Lehrer Biebach T., 1 J. (Sedanstraße 15). Der Brauer Salt, 52 J. (Große Breitenstraße 34). Der Zimmermann Lehmann, 54 J. (Große Brunnenstraße 62). Die Witwe Preße geb. Knöfler, 77 J. (Trotharchtstraße 84). Fritz Gneist, 4 J. (Hohestraße 15).

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Strzelewicz. Strzelewicz.

Merseburg.

Sonntag den 4. März abends 8 Uhr

Funkenburg.

Strzelewicz. Strzelewicz.

Restaurant z. Park-Schlösschen,
Anhalterstraße 11.
Sonnabend den 3. und Sonntag den 4. März
Familien-Abend.
Zum Ausschank gelangt ff. Bockbier.
Hierzu ladet frdl. ein **Emil Hetzschold.**

Cramers Restaurant
Lerchenfeldstraße.
Sonnabend und Sonntag ff. Bockbier.
Sonntag von früh 9 Uhr an Speckkuchen.
Ergebenst ladet ein D. O.

Stadt Naumburg, Weissenfels.
Sonntag den 4. März
Karpfenschmaus mit Kaffeekränzchen.
Hierzu ladet Freunde und Gönner ein **K. Seifert.**
Von nachmittags 4 Uhr an Tänzchen.

Hamburger Hutbazar 1 Leipzigerstraße 1. | **Straßburger Hutmagazin** 11 Schmeerstraße 11.

Spezialität:
Mark 2.30
und
2.80.

Neuheit für Gastwirtschaften etc.
Selbstspielendes
Orchester-Piano
mit Geldeinwurf
für **Konzert- und Tanzsäle, Restaurants etc.,**
ein Prachtstück für jedes Lokal, ersetzt eine ganze Kapelle, ist von großem Erfolg, erhöht den Geschäftsumsatz und macht sich in kurzer Zeit selbst bezahlt. Ausführliche Beschreibung und Abbildung auf Wunsch gratis.
Albert Hoffmann, Halle, am Riebeckplatz.
Man überzeuge sich von der großartigen Musik eines solchen Werkes in **Fischers Restaurant, Halle, Mansfelderstraße 11.**

Gerichtlicher Ausverkauf.
Die zur Schmeißerschen Konkursmasse noch vorhandenen Waren als:
Hemdenbarchente, Velours, Lamas u. a. mehr
sollen nur noch wenige Tage zu nochmals herabgesetzten Preisen ausverkauft werden. **Der Konkursverwalter Alb. Brand.**

Gelegenheitskauf.
Mehrere bessere gebrauchte Salon-Einrichtungen, ferner Buffets, Schreibtische, Divans, Garnituren, Trumeaux, Spiegel, Rohrlehnstühle, Konfiseriestische, franz. Bettstellen, Waschtische mit Marmor, Kleidersekretäre, Vertikows, Teppiche, auch zwei hochfeine Pianino und ein Konzert-Flügel u. v. m. verkauft sehr billig
Friedrich Peileke,
Geiststraße 25. Telephon 1151.
Auch werden alte Möbel stets mit in Zahlung genommen.

Curt Laue, Weißenfels, Marienstr. 42.
Salon zum Rasieren, Haarschneiden und Frisieren.

Hausbackenbrot, 5½ Pfd. 50 Pfg., empfiehlt die Bäckerei Schillershof 12.

Handschuhe, Krawatten, Wäsche, Hosenträger etc.
empfiehlt zu billigen Preisen.
Gustav Wehage,
23 Schmeerstraße 23.
Lieferant sämtl. Konsum-Vereine.

Harte Rotwurst, Pfd. 45 Pf.
Schlackwurst, Pfd. 60 Pf.
Salami, Pfd. 50 Pf.
H. Dobberstein,
1 Alter Markt 1.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Direktion: M. Richards.
Sonnabend den 3. März 1900
abends 7¼ Uhr
168. Vorst. im V.-A. 114. Abonn.-Vorst.
4. Viertel. Farbe: rot.
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten von G. E. Lessing.

Sonntag den 3. März 1900
nachmittags 3 Uhr.
35. Fremden-Vorst. bei kleinen Preisen.
Carmen.
Oper in 4 Akten von G. Bizet.
Abends 7¼ Uhr.
169. Vorst. im V.-A. 55. Vorst. auß. Abonn.
1. Viertel.
1. Gastspiel des Schliersee'er Bauerntheaters.
s'Lieserl von Schliersee.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten nach einer Erzählung von Dr. H. von Schmid.

Thalia-Theater.
Sonnabend den 3. März 1900
Gastspiel Westthaler's Ensemble:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Akten von M. Halbe.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Neuer Spielplan!
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

APOLLO-THEATER
Direktion: Fr. Wiehle.
Gänzlich neuer Spielplan!
Die **Hubertus-Jagd,** sensationelle Hunde-Pantomime. — **Cecilie de Hany,** die berühmte Dompteuse. — **Ricardo u. Salwing,** Hofkünstler des Sultans. — **Paul u. Virginia,** Transformations-Duo. — **Avone u. Campton,** komische Reckturner. — **Patty Frank-Troupe,** Elite-Akrobaten. — **Elsa de Pianque,** Soubrette. — **Paul Hallwey,** musikal. Clown. — **Alex Banzer,** Humorist.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Restaur. zur Weltkugel,
Merseburgerstraße 23.
Sonnabend den 3. März
Narrenabend.
Narren-Kappen gratis.
Für ff. Biere u. Unterhaltung wird gesorgt.
Hierzu ladet freundlichst ein **Ullmann.**

„Schloss Freiimfelde".
Sonnabend den 3. März
Narrenabend.
Hierzu ladet freundl. ein **C. Glaser.**

Gasthaus z. „Dreibund".
Dryanderstr. 22.
Sonnabend den 3. März
Narren-Abend.
Hierzu ladet freundl. ein **J. Gianbrecht.**

W. Kempfs Restaurant,
Breitestraße 17.
Sonnabend den 3. März 1900
Familien-Abend.
Kappen gratis.
Hierzu ladet freundl. ein D. O.

Leuchtes Restaurant.
Sonnabend
grosses Bockbierfest mit Speckkuchen.

Hühnerfuttermais,
Ztr. 6.50 ℳ, Gerste, Weizen etc. sehr billig.
Max Deichmann, Mansfelderstr. 12.

Schorcht's Restaurant,
Steinweg 9.
Sonnabend den 3. März
gr. Familien-Abend.
Narrenkappen gratis.
Hierzu ladet ergebenst ein
Theodor Schorcht.

Griesbachs Restaurant und Café,
Lessingstraße 9.
Empfehle einem geehrten Publikum meine schönen gemütlichen Lokalitäten und lade zu recht fleißigem Besuch frdl. ein. Hochachtungsvoll
Hermann Griesbach.
Vereinszimmer mit Pianino (eignet sich gut für Uebungsabende). Franz. Billard. Reelle Bedien. Mäßige Preise.

Sonnabend
Schlachtefest.
H. Bernstein.
Wilhelmstraße 48.

Sonnabend
Schlachtefest.
Fr. Peters,
Blumenthalstraße 27.

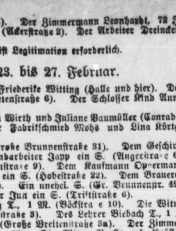
Zur Konfirmation
empfiehlt
Plaidtücher, weisse Röcke, Rüschen, Flanell- u. Barchentröcke, Taschentücher, Leinen- u. Barchenthemden Chemisettes, Kragen, Stulpen, Schlipse, Handschuhe
M. Nebershausen
Nachfolger,
18 Alter Markt 18.
Sämtliche Artikel zur Schneiderei.

Grossartige Auswahl
in **Herren-Anzügen** in den neuesten Farben und Facons von **9 Mk.** an, **Konfirmanden-Anzüge** von **8 Mk.** an, **Kinder-Anzüge** sehr billig, sowie **einzelne** Arbeiter-Jacketts, Westen u. Hosen sehr billig. **Monteur-Jacken** und Hosen in allen Preisen.
Schuhwaren.
Selbstgefertigte starke **Arbeiterstiefel,** Sonntagsstiefel u. Stiefeletten **6 Mk. Schuhe** für Herren, Damen und Kinder spottbillig.
Holzkoffer von 2 Mk. 50 Pf. an.
Handkoffer von 2 Mk. 25 Pf. an.
Reisekörbe von 2 Mk. 25 Pf. an.
Teichings 9 mm von 7 Mk. an.
Revolver mit 6 Schuß v. 3.50 Mk. an.
Harmonikas in allen Preisen.
Uhren sehr billig.
O. Töpfer,
im Roten Turm.
Eingang neben dem Volkswohl, rechts 1 Treppe.

Schuhwaren
in **bekannter, dauerhafter, genagelter und genähter Arbeit** zu nachstehend billigsten Preisen:

Damen-Pantoffeln	v. 0.35 ℳ	an
„ Hausschuhe, all. Led.	„ 2.80	„ „
„ Zugstiefeln,	„ 4.50	„ „
„ Schnürstiefeln	„ 4.50	„ „
„ Knopfstiefeln	„ 5.50	„ „
„ Spangenschuhe	„ 3.40	„ „
„ Knopf- u. Schnürsch.	„ 4.25	„ „
Herren-Schnürschuhe	„ 4.80	„ „
„ Stiefeletten	„ 6.00	„ „
„ Langstiefeln	„ 10.50	„ „
„ Schaftstiefeln	„ 6.50	„ „
„ Schnürstiefeln	„ 6.00	„ „

Goodyear Welt-Schuhwaren sowie Neuheiten in Sommer-Artikeln besonders billig.
Max Wetterling,
35 Geiststrasse 35.



Alle Sorten Waschseifen
Seifenpulver
Stärke
Soda
empfiehlt nur Prima-Qualität zu Konkurrenz-Preisen
Drogerie Mittelwache 9
Otto Kramer.

Gustav Pasch,
Halle a. S., Gr. Klausstr. 38.
Nietleben, Eislebenerstr. 56.
Rotwurst Pfd. 45, 60, 80 Pf.
Knackwurst, Pfd. 65-90 Pf.
Hocht. Filet, ger., Pfd. 100 Pf.

Badeanstalt von E. Laue,
Weißenfels, Promenade 19.
Wannenbäder, Dampfbäder, Kurbäder und Massage.

Verzinktes Drahtgeflecht
in allen Größen empfiehlt
Paul Schneider, Merseburgerstraße 4.

Erprobtes
Hustenmittel
ist mein selbstgekochter Schwarz Johannisbeersaft
Carl Krütgen
Universal-Drogerie.
Merseburgerstrasse.

Herren- u. Knaben-Anzüge, Konfirmanden-Anzüge,
Stoff zur Anfertigung nach Maß in allen Farben und Preislagen empfiehlt billigst
Th. Meissner, Hohenmölsen,
Mittelstraße 2.
Einen Posten **Knaben-Anzüge** giebt, um damit zu räumen, unter Preis ab
Der Obige.

Unübertroffen
durch Größe, Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit ist mein thüringer
Landbrot.
Karl Koch, Herrenstr. 1.

Tanz-Unterricht.
Eröffne Mittwoch den 7. März 1900 abends 8 Uhr einen Schnell-Kursus im Hotel „Weißes Roß", Geiststr. 5 gegen mäßiges Honorar.
Gefällige Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung Henriettenstr. 32, II.
Ad. Fröbe.
NB. Einzel-Unterricht zu jeder Zeit.

Rasieren 5 Pf.,
Haarschneiden 15 Pf., für Kinder 10 Pf.
Schillershof 1, dicht am Markt.

Gute Schlafstelle mit Kost zu vermiet. **W. Kempf,** Breitestr. 17, part.

Dank.

Zurückgekehrt von Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters u. Großvaters sagen wir allen denen, welche seinen Sarg mit Blumen schmückten u. ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten, insbesondere dem Arbeitspersonal der Morell'schen Brauerei unseren herzlichsten Dank. Familie **Saft.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190003 03-19/fragment/page=0008